

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Älteste Zeitung des Bezirks

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite Zeile 20 Goldpfennige, Eingeladene und Reklamen 50 Goldpfennige.

Bezugspreis: Für einen Monat 2 Goldmark mit Zuzug, einzelne Nummern 15 Goldpfennige. Gemeinde-Verbands-Kontokonto Nummer 3. Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nummer 3. Postfachkonto Dresden 12 548.

Verantwortlicher Redakteur: Felix Jedne. — Druck und Verlag: Carl Jedne in Dippoldiswalde.

Nr. 14

Montag, am 18. Januar 1926

92. Jahrgang

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Droglsten Willi Stoll in Kreischa, alleiniger Inhaber der Firma Willi Stoll in Kreischa wird nach erfolgter Abhaltung des Schlusstermins hierdurch aufgehoben. K 825.

Amtsgericht Dippoldiswalde, den 11. Januar 1926.

Nutzholzversteigerung. Hirschsprung-Altenerberg Staatsforstrevier
Montag, am 25. Januar 1926, vorm. 10 Uhr, im Fremdenhof „Stadt Dresden“ in Altenerberg: 870 im w. Fläche 743 cm, 111 im w. Fläche 58 cm. Abl. 1, 18, 19, 28, 29, 36, 37, 42, 43, 48, 52, 55, 56, 58, 59, 62/64, 73, 95, 96, 99, 105/108, 114, 115. Fortkamt Hirschsprung-Altenerberg. Fortschaffe Tharandt.

Certliches und Sächliches

Dippoldiswalde. Der Schnee in der Nacht zum Sonnabend kam zur rechten Zeit, um herrliche Ski- und Rodelbahnen zu schaffen. Ein herrliches Sportwetter beehrte den Sonnabend und besonders den gestrige Sonntag. So war es nicht zu verwundern, daß ganze Heerscharen die Großstadt verlassen und zu uns hinauf ins Gebirge kamen. Schon der Nachmittagszug war voll besetzt, noch mehr Sportler brachten die Abendzüge und am Sonntag waren alle Jüge, die fahrplanmäßigen, wie die Sportzüge, die sämtlich verkehrten, überfüllt besetzt. Dank der leichten Bahnerhaltung und der einzelnen Stationen getroffenen Vorkehrungen wickelte sich der Verkehr im allgemeinen glatt ab. Groß war auch die Zahl der Autos, die durch unsere Stadt aufwärts und abwärts wieder der Großstadt zufuhren. Wiesel waren sie mit Rodel oder Schneeschuhen besetzt. Soweit unsere heimische Bevölkerung oder nicht dem großen Zuge ins Gebirge gefolgt war, ging sie auch hinaus und sei es nur einmal nach Überdorf oder zur Talperre oder zum Steinbruch. Die Luft war doch auch gar zu herrlich, es herrschte fast Windstille, die Kälte spürte man kaum und die Sonne schien so schön warm. Es war ein Sonntag zu rechter Erholung.

Dippoldiswalde. Am Sonnabend nachmittag fand in der „Reichskrone“ eine Bezirksversammlung der Kreisdirektion der Landwirtschaftskammer statt. Sie war sehr gut besucht; so viel man feststellen konnte, auch aus weit entfernten Orten. Gegen 1/3 Uhr eröffnete Dekonomierat Welde die Versammlung, gab seiner Benützung über den gefüllten Saal Ausdruck und erwähnte, Zweck dieser Zusammenkünfte sei, die Verbindung zwischen den Landwirten und ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Vertretung aufrecht zu erhalten. Weiter führte er aus: Schwere Sorgen brühten die Landwirtschaft im vergangenen Jahre, mit schweren Sorgen trat sie ins neue Jahr ein. Sie zu bannen, scheint leider in absehbarer Zeit unmöglich trotz alles Mühe und Arbeitens. Die Krise hat heute auch wesentliche Teile der Industrie ergriffen. Erwerbslosigkeit in erschrecklichem Umfange ist die Folge. Dabei fehlt es in der Landwirtschaft an Arbeitskräften. Schuld an alledem ist nicht nur der verlorene Krieg, nicht nur die Revolution; wesentlich sind auch verkehrte Regierungsmaßnahmen, vor allem hinsichtlich Steuern und Zoll. Handelsverträge wurden abgeschloffen auf Kosten der Landwirtschaft. (An Einzeldaten wird das erläutert.) Heute herrscht Ueberfluß an Milch und Fleisch. Mancher Landwirt wäre sehr froh, wenn er auf die Saatgut-Wendel der Regierung nicht bereitgestellt wäre. Solange bei uns die Ausgaben größer als die Einnahmen sind, kann es nicht besser werden. Da helfen auch alle guten Ratsschläge nichts. Dazu tauchen fortgesetzt neue Gesetze auf mit der Begründung, der Landwirtschaft zu helfen. Man will uns dort helfen, wo uns der Schatz gar nicht drückt. Welcher Berufsstand wird von Gesetzeswegen so bevorzugt wie die Landwirtschaft? Erst hat man uns alles beschlagnahmt; heute fragt die Regierung nicht, wo unsere Produkte haften. Der Konsument zieht verfeinerte Lebensmittel und Luxusgüter vor zum Schaden des Volksgutes. Eine Folge all dessen sind die zahlreichen Quatschangebote; sie sind nichts anderes als verdeckte Konkurse. Es scheint, daß die Regierung unseren berechtigten Wünschen demgegenüber gleichgültig gegenübersteht. Nunmehr erwidert Landwirtschaftsrat Dr. König das Wort zu seinem Vortrage über das Rinderzuchtgesetz. Er führt u. a. aus: Woher dieses Thema vor Landwirten zu sprechen, ist heute eine unabweisbare Aufgabe. Man lehnt das Gesetz ab und macht den Verfassungskommissionen den Vorwurf, sie hätten verjagt. Das ist aber falsch. Die Landwirtschaftskammer hat eindringlich gewarnt, die Landwirtschaft mit neuen Zwangsmaßnahmen zu beunruhigen; zum mindesten sollte man die Einführung mit Rücksicht auf den heute in besonders hohem Maße vorhandenen Jambstoff hinausschieben. Bis hier ist das vorgebildet gewesen. Die Regierung blieb auf ihrem Standpunkte stehen. Der allseitige Protest aus Landwirtschaftskreisen hat aber doch dazu geführt, daß zur Stunde mit der Regierung wegen Ausweitung des Einführungstermins verhandelt wird; vielleicht doch noch mit Erfolg. Jambstoff muß aber doch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß das Gesetz sofort in Kraft gesetzt wird. Da die Durchführung durch die Landwirtschaftskammer zu geschehen hätte, ist von vornherein mit größter Loyalität zu rechnen. Wie die Kammer hier hören zu vermeiden gedenkt und was die einzelne Genossenschaft dabei helfen kann, soll der Vortrag erläutern und gleichzeitig auch Aufklärung über das Gesetz selbst bringen. Das Rinderzuchtgesetz von 1906 regelte die Frage auf freiwilliger Grundlage. Sein Fehler war die Freilassung des Bullen für den eignen Bedarf. Diesen Fehler bestrich das Gesetz von 1913. In der Kriegszeit und Nachkriegszeit wußten sich die freiwilligen Vereinigungen fast alle wieder auf. Das wieder gut und in Zukunft unmöglich zu machen, war aber eine Gedanke, der die Regierung zur Vorlage des Rinderzuchtgesetzes veranlaßte. Der andere Gedanke war der, die Benutzung ungehöriger Bullen möglichst anzufassen (heute kümmert man sich um das Abren in der Hauptache überhaupt nicht) durch Wegfall des Bedingelbes. Als Erfolg soll eine Umlage pro Kuh erhoben werden. Wollte die Landwirtschaftskammer die Einführung des Gesetzes ablehnen, so würden die Gemeindebehörden das zwangsweise tun müssen. Nun zum Gesetz selbst und zu der Art und Weise, wie die Kammer die Durchführung sich denkt. Hinsichtlich des Abrens ändert sich nichts. Die Kreisvereine

machen Vorschläge zur Kommission (unser Kreisverein schlug die bisherigen Mitglieder vor), die Landwirtschaftskammer ernannte die Mitglieder. Die Zusammenkunft der Kammer schließt irgendwelche Bevorzugung aus. Die Zahl der angehörten Bullen einer Genossenschaft ist unbeschränkt. Auch können in einer Gemeinde zwei Genossenschaften mit zwei Zuchtställen bestehen. Von dem angehörten Bullen soll zu erwarten sein, daß er das Kadmaterial der Gemeinde verbessert. Die Farbe spielt keine Rolle mehr. Der Staat lehnt die Kosten der Rörung ab, weshalb eine Körpergröße erhoben werden muß, die man auf etwa 4 M. pro Bullen bei der vorgesehenen Mastenführung schätzen kann. Die Bullen sind entweder Eigentum der Genossenschaft oder leihweise schließt mit dem Besitzer des Tieres einen Vertrag. Nach dem Gesetz besteht bereits jetzt in jeder Gemeinde eine Genossenschaft (die Gesamtheit der Rühhalter). Sie konnte nur noch nicht in Wirklichkeit treten, weil der Vorstand noch nicht gewählt ist. Befreit von der Mitgliedschaft sind Mitglieder von Herdbuchgenossenschaften, Ammelwirtschaften und Landwirte, die bisher einen eigenen Stall hielten, wenn dadurch das Bestehen einer Genossenschaft in der Gemeinde nicht gefährdet wird und wenn Gemeindebehörde und Genossenschaft Widerspruch nicht erheben. In letzterem Falle entscheidet die Kammer, die bereits genehmigte Befreiungen rückgängig machen kann, wenn alle Bullenhalter einer Gemeinde befreit sein wollen. Abwärts gelegene Gebiete werden der Genossenschaft zugewiesen, die am bequemsten zu erreichen ist. Als Umlage dürfte das bisherige Bedingel mit 10 % Zuschlag für eine Rühlage genügen, im Mittel etwa 4 M. Wenn das Vieh wegen Maul- und Klauenseuche nicht getrieben werden darf, ist die Benutzung ungehöriger Bullen, wie solche nach wie vor als Fleischtiere vorhanden sein werden, nachgelassen. Zum Schluss sagt Redner noch zusammen: Der angeordnete stärkere Zucht ist nicht zu vermeiden; die Kostenverhöhung ist nicht bedeutend; die Gefahr der Krankheitsübertragung bleibt bestehen; die Kammer wird Härten nach Möglichkeit beseitigen. Dekonomierat Welde spricht dem Redner herzlichen Dank aus und regt an, die Aussprache sächlich zu führen und sich so einzustellen, als ob die Einführung des Gesetzes jetzt geschehen müßte. Es erfolgen zahlreiche Wortmeldungen, ohne daß eigentlich wesentliches dabei herausspringt. Eine große Erörterung macht sich Luft. Die Erregung geht so hoch, daß Dekonomierat Welde einmal alle Energie aufwenden muß, um die Jügel in der Hand zu behalten. Die Aussprache bewegt sich in der Hauptsache in der Richtung des später angenommenen Profektens und in Wiederholungen. So muß sich auch die Beantwortung durch Dekonomierat Welde und besonders durch Dr. König in der Hauptsache nur in Wiederholungen bewegen. Nur einige Ausnahmen sind zu registrieren. Dr. Pander stellt fest, daß der Widerwille der Landwirte gegen das Rinderzuchtgesetz und ihre gegenwärtige Verbitterung ausgenutzt wird, um sie in Widerspruch zu bringen mit ihrer Berufsetretung und mit der Regierung. Er mahnt, hier die Augen offen zu halten. Hinsichtlich § 36 des Rinderzuchtgesetzes, der die eventuelle Befreiung eines Ortes von der Gründung einer Genossenschaft behandelt, sagt Dr. König, die Regierung habe dabei an große Städte gedacht, wie z. B. Dresden, wo das Treiben von Vieh überhaupt verboten sei und deshalb das neue Gesetz große Härten mit sich bringen würde. Wenn man das dazugehörige Anträge auch für andere Orte stellen wollte in der Aussprache war das wiederholt angedeutet worden, so dürfen diese kaum Ansichten haben. Amtshauptmann v. d. Planitz sagt an, daß bezüglich der Einhaltung der verschiedenen Termine den Verhältnissen in weitestgehendem Maße Rechnung getragen werde. Der Bürgermeister von Johannsdorf meint dem Rinderzuchtgesetz sogar eine gute Seite ab. Für Johannsdorf ermahnte es die Verfolgung zweier Zuchtziele. Damit finde ein schon länger geübter Wunsch Erfüllung, was unter dem alten Gesetz nicht möglich gewesen sei. Auch sonst befehligen er sich großer Sachlichkeit, wozu der Vereinsleiter dankend anerkennt. Wiederholt wird angedeutet, das Gesetz gemäßigten zu sein, aber, dem entgegengehalten wird, daß dann eben die Gemeinde zwangsweise Bullenhalter werde, wie das z. B. in Helfen und Württemberg meist der Fall sei. Dabei wird auf die dortigen Verhältnisse etwas näher eingegangen und j. B. von Landwirtschaftslehrer Ertom bezeugt, daß in seinem Heimatlande dort, wo Hochjucht betrieben werde, das Gesetz herortragend gut wirke. Schließlich findet folgender von Reichsrat einetradierter Protest einstimmige Annahme: „Die heute zahlreich versammelten Landwirte aus dem Bezirk Dippoldiswalde protestieren auf das schärfste gegen das neue Rinderzuchtgesetz aus folgenden Gründen: 1. Die Landwirtschaft ist bei der gegenwärtigen Notlage nicht imstande, die Kosten für die Durchführung des Rinderzuchtgesetzes auf sich zu nehmen. 2. Bei der gegenwärtigen Leutenot ist der dem einzelnen Viehhalter zugewiesene Festonstand nicht tragbar. Veränderte Wege und häufiges Umirndern müssen die notwendige Folge der geplanten umständlichen Organisation sein. 3. Durch die Vereinigung aller Viehhaltungen auf einen Bullen wird der Verbreitung allerhand Seuchen nur Vorlauf geleistet und damit die Gefahr der Verleumdung ganzer Ortsteile heraufbeschworen, wodurch der Landwirtschaft unannehmer Verluste entstehen können.“ Amtshauptmann v. d. Planitz: Ich bin froh, daß in diesem Falle nicht die Amtshauptmannschaft die Kammer aus dem Feuer zu holen hat. Die Landwirtschaftskammer bietet Gewähr für lokale Durchführung des Gesetzes, die Landwirte werden davon wahrscheinlich gar nicht so viel spüren. Allerdings ist der Zeitpunkt unannehmlich. Doch steht Aussicht zu erwarten. Bezüglich der Röstungsaktion wegen Entschäden wird die Regierung diesmal nicht ganze Orte als Röstungsgebiete erklären, sondern jeden Betrieb besonders behandeln und den Erlös eines oder beider Grundsteuertermine anordnen. Da die Landwirtschaft selbst Bedenken gegen kurzfristige Kredite hat, sollen Saatgutkredite nicht in dem vorjährigen Umfange gewährt werden. Dagegen sind noch Mittel vorhanden für die Umstellung des Getreidebaues auf Futterbau und Viehzucht in den oberen Gebirgslagen. In bezug auf den Futterbau ist die Kammer bereit, die Ab 1. 4. 27 wird wahrscheinlich die Justizministerien. Die Besetze werden Erlös erhalten aus der Kraftwagensteuer. Der Amtshauptmann schließt mit dem Wunsch baldiger Besserung der Verhältnisse in der Landwirtschaft. In der folgenden allgemeinen Aussprache wird die von der Regierung als Mittel zur Ver-

bütung von Entschäden in den höheren Gebirgslagen gepriefene Umstellung des Ackerbaues auf Viehwirtschaft und Viehzucht eingehend behandelt. Verschiedene Landwirte aus den in Frage kommenden Orten kommen zu Worte. Während von einer Seite anerkannt wird, daß dem Wunsch der Regierung Beachtung zu schenken und entsprechende Aufklärung wünschenswert sei (sei man doch sogar seit dem Kriege zum Viehwirtschaft übergegangen, dort, wo kaum Hofer reif werde), wird von anderen Seiten erklärt, von Ausnahmen abgesehen, halte sich die Landwirtschaft im Gebirge an das durch Erfahrung gemessene Verhältnis zwischen Ackerbau und Futterbau; oft sei die Feuernte mit mehr Schwierigkeiten verbunden als die Getreideernte; zur Viehzucht fehle das Winterfutter (Rüben); der lange Winter zwinge das Vieh lange Zeit in den Stall, was der Aufzucht nicht dienlich sei; das Gebirgsland werde im Flachlande nicht verlangt. Von einer Seite wird auf die Aufforderung schwer zu bestellenden Darlehen aufmerksam gemacht. Bringt das auch nicht sofort Einnahmen, so erhöhe es doch den Wert der Wirtschaft. Dr. König: In der Krise trägt weniger falsche Wirtschaftsweise die Schuld. Mähernten gab es auch früher. Aber eine Reserve auf der Sparhülle half darüber hinweg. Diese fehlt heute. Deshalb wird jede Mähernte zur Krise. Die Klage darüber dringt dann bis zur Regierung. Dem stimmt Dekonomierat Welde zu; der Wunsch der Regierung werde nicht erfüllt werden können. Nach weiterer Aussprache, in der u. a. auch gegen die Wiedereinführung der Sommerzeit und gegen die hohen Krankheitsbeiträge protestiert wird, schließt Dekonomierat Welde 1/8 Uhr mit kurzem Schlusswort die an Tagungen reiche Tagung. — Erledigung von Landbaufragen schließt sich an.

Dippoldiswalde. Unter der Leitung seines Fuchsmajors Linke (der 1. Präside Otto war durch Krankheit seines Vaters noch verhindert, aus den Weihnachtsferien zurückzukehren) hielt der Verein „Glück zu!“ an der Deutschen Müllehalle am Sonnabend seinen 2. Vereinsabend im neuen Jahre ab, der auch von Seiten des Lehrerkollegiums wie auch von Ehrenmitgliedern und Alten Herren recht gut besucht war. Der Aktive Alfred Pinnow hielt einen sehr interessanten und gut durchgearbeiteten Vortrag über: „Die Entwicklung des Getreidehandels“. Oberbergschulrat Kessler begrüßte die Korona, insbesondere auch die als Gäste anwesenden neuen Schüler und überbrachte Grüße einer Zelter Vereinigung, in deren Heim die Schüler bei einer Exkursion im vergangenen Jahre zu Gast gewesen waren.

Dippoldiswalde. Die Freiwillige Feuerwehr trat am Sonnabendabend zur letzten Übung des Vereinsjahres mit 78 Mann an. Nach dieser fand im „Goldnen Stern“ eine Raaderversammlung statt, die Kommandant Reichel unter herzlichen Worten eröffnete. Er gab mit Freude kund, eine so große Anzahl Kameraden begrüßen zu können. Feldwebel Heinrich gab Erklärungen über das Schranckengewinde und die verschiedenen Anordnungen. Kommandant Reichel verpflichtete sechs neu eingetretene Kameraden mit Handschlag, unter dem Hinweis, immer zur Stelle zu sein, wenn es gilt. — „Einer für alle, alle für einen“ — in Feuers- oder Wassernot zu helfen und sich die Allen als Vorbild zu nehmen. Ein „Out Wehr“ beschloß diesen Akt. Hieraus übermittelte Kommandant Reichel den Dank des Stadtrats für das gute Zusammenarbeiten der Freiwilligen und der Pflicht-Feuerwehr beim letzten Schadenfeuer (Herrengasse) und betonte, daß man auf die Wehren stolz sein könne. — Mittwochabend soll vom Militärverein ein Konzert zum Besten des Kriegerehrenmals stattfinden, wozu auch die Freiwillige Feuerwehr eingeladen ist, dessen Besuch der Kommandant empfiehlt. Betreffs des Platzes für das Kriegerehrenmal ist die Wehr einstimmig für den an der Körner-Ecke. Hauptmann Heinrich gibt das Programm für das am 23. Januar im Schützenhaus stattfindende Weihnachtssoergnügen bekannt und bittet um zahlreiche Teilnahme. Am Schluß der Raaderversammlung angelangt wünscht Kamerad Reichel, das neue Jahr so anzufangen, wie das Alte abgeschlossen ist.

— Wie schon einmal kurz berichtet, wird am 28. Januar die biesige Besatzung und zwar mit 1 Belgier und 3 Obenburger Hengsten besetzt werden, es sind dies die Hengste Rubens, Gelandier, Gernant und Rittmund. Teilweise waren sie schon im vergangenen Jahre hier.

Dippoldiswalde. Das Heer der Erwerbslosen erhielt leider in der ersten Januarwoche weiteren Zuwachs. Während am Jahresanfang 233 unterstufte Erwerbslose mit 417 Angehörigen vorhanden waren, betrug ihre Zahl am 15. Januar 254 mit 434 Zuschlagempfindern. 156 sind verbeiratet, 88 ledig oder verwitwet. Nur 8 Erwerbslose beziehen ununterbrochen seit über 3 Monaten Unterstützung; die übrigen sind erst kürzere Zeit ohne Arbeit.

Barnwitz. Wiederum ist am vorigen Sonnabend ein großer, mit Fassern vollbeladener Lastkraftwagen unmittelbar bei dem Dresdner Vorort Rath auf dem abschüssigen Teil der Staatsstraße Dresden-Dippoldiswalde abgerutscht und nach Niederlegen einiger Säume und Laternenpfähle in den Straßengraben gestürzt. Außer Materialschaden ist kein größeres Unglück zu verzeichnen, was bei dem äußerst regen Verkehr als günstiger Umstand bezeichnet werden muß. Die vor einigen Jahren neuerbaute Umgebungsstraße, die um den Ort Rath herumführt und bei dem riesigen Verkehr mit Kraftfahrzeugen den bestehenden Uebelstand abhelfen sollte, scheint aber nur gebaut worden zu sein, um fortgesetzt gesperrt zu werden. Denn, nachdem sie bereits im Jahre 1924 mehrere Monate nicht befahrbar war, ist sie bereits seit Mitte des Jahres 1925 wieder dem Verkehr entzogen, um, wie es heißt, mit neuartigen fester Decke versehen zu werden. Man weiß wirklich nicht, was man über diese fortgesetzte, monatlange Sperrung einer neuen Straße denken soll.

Rammenau. Im Walde am Rammenauer Steinberg (Rißerlicher Wald, zum Rittergut Oberburkau gehörig) fand ein Barkauer Einwohner am Mittwochnachmittag den auf dem Tannenbergl bei Rammenau ansässigen Wirtschaftsbefizer Eduard Kersch erfroren an. Der Verstorbenen war tags zuvor mit einem Arbeitsgenossen vom dem Steinbruch bei Rindisch, wo er über 25 Jahre gearbeitet hat, beimgegangenen und im Walde zurückgelassen, ohne daß er zunächst vermisst wurde. Krabl war längere Zeit Vorsitzender des Rammenauer Militärvereins.

Verwaltungsbericht der Stadt Dippoldiswalde auf das Jahr 1925

erläßt von Bürgermeister Herrmann
in der Stadtorordnetenversammlung vom 15. Jan. 1926.

Vor nunmehr 2 Wochen haben wieder einmal die Silvesterferien ein im Strudel der eilenden Zeiten verfunkenes Jahres zu Ende geläutet und die brausenden Winterstürme führten uns das neue Jahr 1926 herbei. Da lenkten sich auch wieder die Gedanken zurück auf das, was das vergangene Jahr für unsere Entwicklung und namentlich, was uns hier gegenwärtig am meisten interessiert, für die unserer Stadtverwaltung gebracht hat. Es sei mir daher gestattet, entsprechend dem mit in der letzten Stadtorordnetenversammlung des Jahres 1925 durch unseren hochverehrten Herrn Stadtorordneten-Vorsteher Verwaltungsinspektor Schumann zum Ausdruck gebrachten Wunsche, den Verwaltungsbericht auf das Jahr 1925, den fünften, den ich zu erlassen die Ehre habe, hiermit zum Vortrag zu bringen.

Das Ratshkollegium hat während des Jahres 1925 in seiner Zusammenkunft keine Änderungen erfahren. Es behandelte in 37 (42) Sitzungen 1417 (1402 im Vorjahre) Beratungsgegenstände.

In der Stadtorordnetenversammlung trat im Laufe des Jahres anstelle der ausgeschiedenen Herren Stadtorordneten Koch und Jährenig die Herren Trubig und Stenzel neu ein. Das Ratshkollegium behandelte in 24 Sitzungen 580 Beratungsgegenstände. Im Präsidium der Stadtorordnetenversammlung trat keine Veränderung ein, auch nicht durch die Neuwahl am Jahresabschluss für das Jahr 1926. Daneben machten sich zahlreiche Ausschüsse und Kommissionen erforderlich. Die Höchstzahl erreichte u. a. der Ausschuss für die Verwaltung der Sparkasse mit 37 Sitzungen, während der Ausschuss für Leibesübungen lediglich einmal einberufen wurde.

Erfreulicherweise war das Zusammenarbeiten sowohl im Ratshkollegium als auch in den Ausschüssen und den gemischten Ausschüssen jederzeit ein harmonisch ungetrübtes. Ich nehme daher auch gern die Gelegenheit wahr, allen Herren Ratshmitgliedern und den Herren Stadtorordneten sowie den Herren Mitgliedern der Ausschüsse meinen aufrichtigen Dank hierfür auszusprechen.

Verbunden mit dem Wunsche, daß ein gleiches auch im kommenden Jahre der Fall sein möge. Im Besonderen des Beamtenkörpers traten Veränderungen nicht ein. Die Beamtenwärter Donner, Schmidt, Danig und Wittig besaßen ihre Anstellungsprüfung zum Teile mit gutem Erfolge, die Verwaltungssekretäre Heine, Stenzel und Weisbampel ihre Beförderungsprüfung sämtliche mit gutem Befähigungsergebnis.

Der Bürgermeister war beurlaubt vom 21. 7. bis 13. 8. und vom 28. 9. bis 5. 10. 1925.

Bürgerrechtsbüchsen fanden nicht statt.

Die Einwohnerzahl betrug Ende 1924 4314, bei der Volkszählung am 16. 6. 1925: 4449 und am Jahresabschluss 4432.

Dem Standesamt wurden gemeldet: 87 Geburten (1924: 83), 70 Sterbefälle (1924: 77), Aufgebote wurden 31 (1924: 37) beantragt, Beschreibungen erfolgten 34 (1924: deren 34), Totgeburten 6 (1924: deren 2).

Polizeiverwaltung.

Anmeldungen im Einwohnermeldeamt: 732. Abmeldungen im Einwohnermeldeamt: 777. Anmeldungen im Einwohnermeldeamt: 245. Gewerbeanmeldungen: 75, davon im Laufe des Jahres wieder abgemeldet: 4. Erteilte Gewerbe-Legitimationskarten: 22. Erteilte Arbeitsbücher: 31. Erteilte Führungszeugnisse: 56. Erteilte Pässe: 49. Erteilte Sichtvermerke: 77. Erteilte Grenzbescheinigungen: 12. Sommerfrüher waren gemeldet: 215. Anmeldungen von Vergnügen, Konzerten, Kino und sonstigen Lustbarkeiten: 250. Einnahmen an Vermögenssteuer im Kalenderjahre 1925 betragen rund: 8000.— M., wovon je die Hälfte dem Bezirk und der Stadt zufließt. Straferfüllungen wurden 154 erlassen. Einnahmen hieraus, also an Strafen und Strafentlohnungen, 2482,75 M. im Kalenderjahre 1925.

An Wohnungsbaun wurden, und zwar sämtlich unter Veranschlagung aus Mitteln der Melzynsteuer, hergestellt: 4 Wohnungen durch die Gemeinnützige Baugenossenschaft „Groß-Dresden“ auf dem Streifenstück unter Ueberlassung des Baugrundes im Erbbaurecht, 3 Wohnungen im Villengrundstück des Herrn Oroschaffenshaffers Obersekretär Stenzel an der äußeren Rabenauer Straße und 2 Wohnungen mit 2 Läden an der Ecke der Wohnstraße und Löpfergasse durch den Neubau des Herrn Fleischermeisters Wuttler. Die Schaffung dieser neuen Wohnungen wurde teilweise auch durch Gewährung erstelliger Hypotheken aus Mitteln der sich erfreulicherweise wieder kräftig entwickelnden städtischen Sparkasse finanziert. Letzteres wird leider im kommenden Jahre mangels weiterer Mittel zunächst nicht wieder möglich sein, da in erster Linie die Liquidität dieser Kasse erhalten bleiben muß. Hingegen ist zu hoffen, daß im kommenden Baujahre nicht nur 10., sondern 20., mindestens aber 15 v. H. der Aufwertungssteuererträge in Wohnungsbauzwecken Verwendung finden können, so daß insofern wenigstens ein teilweiser Ersatz für die fehlenden Sparkassenhypotheken gegeben sein würde.

Wohnungsamt.

Die Zahl der zur Wohnungsliste gemeldeten Wohnungszuschenden betrug am 1./1. 1925 144, am 31./12. 1925 165. Die Dringlichkeitsliste verzeichnete am Jahresabschluss 34 Eintragungen. Die Zahl der Neuanmeldungen zur Wohnungsliste im Berichtsjahre betrug 50. Von den gemeldeten Wohnungszuschenden haben 85 keine wirtschaftlich selbständige Wohnung inne, während die übrigen 80 Inhaber anzureichender, gesundheitsförderlicher oder durch gerichtliches Urteil gekündigter Wohnungen sind. Durch Wohnungsanmeldung konnten im Berichtsjahre 29 in der Wohnungsliste eingetragene Fälle berücksichtigt werden. Zahlreiche Beschwerden gegen Maßnahmen und Verfügungen des Wohnungsausschusses bzw. Wohnungsamtes sind durch das Wohnungsausschussamt unter Vorbehalt des Herrn Rechtsanwalts Dr. Krastig erledigt worden.

Die Bauverwaltung.

Wie der Winter des Jahres 1925/24 wohl seit einem Menschenalter als einer der längsten, kältesten und schneereichsten bezeichnet werden darf, so kann von seinem Nachfolger im Jahre 1924/25 fast gerade das Gegenteil behauptet werden. Nur diesem Umstande ist es zu verdanken, daß die Stadtbauverwaltung zum Beginn des Jahres 1925 nur verhältnismäßig geringen Aufwand an Zeit und Arbeitskräften den Strenge dieses Winters auf den Straßen und Plätzen, Gassen und Wegen unserer Stadt nicht leicht Herr wurde, sondern schon frühzeitig an Aufträgen betrauten konnte, die sonst härtere Winter nicht gestattet hätten. Große geld- und zeitraubende Arbeiten darrten der Bauverwaltung im Ausbau des städtischen Schienennetzes, das, wie wohl nur wenigen bekannt, mit zu den wichtigsten sanitären Anlagen unserer Stadt gehört. Den Aufsatze dazu bildete schon im Frühjahr die teilweise Verlegung der Kreuzbachschleife in der Niedertorstraße vor den Scheunen. Bald folgten größere Aufträge. Durch die im Frühjahr plötzlich niedergehenden Wolkendeckelungen traten bei der Planberücksichtigung Mängel zu Tage, die beseitigt werden mußten. Ein Stück neue Schleife wurde zur besseren Entlastung zwischen dem Oppelischen und Clauschen Grundstücke aus demselben Grunde einbaut. Der alte Stadtergraben entlang der Braubachstraße, welcher für manche Grundstücke seit alterher als natürliche Schleife benutzt worden ist, erhielt einen annähernd parallel laufenden Gefährten durch den Einbau einer neuen Jernschleife inmitten der Braubachstraße, an welche nun alle bedeuten Grundstücke angeschlossen sind. Infolge eines technischen Fehlers früherer Zeiten machte sich die Neulegung der Mühlstraßenschleife nötig. Auch hier schlossen sich alle bedeuten Grundstücke an. Während aber in der Braubachstraße der Baugrund beim Schalenbreite aus leicht ba-

barem Erdreich und Gestein bestand, stieß man in dem der Mühlstraße auf meist sehr hartes Gestein, was einen größeren Aufwand an Zeit, Kraft und Geld erforderte und den Unterschied in den Anliegerbeitragspflichten für den laufenden Meter rechtfertigte. Auf dem alten oftmals ausgetrockneten und nunmehr enttäuscht zugeschütteten sogenannten kleinen Teiche entstand im Laufe des verfloffenen Jahres ein großes und freundliches Wohnhaus des Bauvereins Groß-Dresden. Dieser Bau war die Ursache zur Anlage einer neuen Schleife vom Wallerischen Grundstücke an bis zum vorhandenen Schrote auf der Lindenallee in der Nähe des Fußweges nach der Mühlstraße. Hier galt es die alte Schleife, die diagonal den Fußballspielplatz durchquert, herauszunehmen und durch eine neue vom Wallerischen Grundstücke an am kleinen Teiche vorbeiführende Schleife zu ersetzen, die am Straßenkreuzungspunkte der Großen Mühl- und Talperrenstraße in einen Schrot eingeführt und dann durch die Lindenallee in den oben erwähnten alten Schrot eingelassen wurde. Daß alle diese Schleifenbauten eine sach- und fachgemäße Wiederherstellung des ausgetrockneten Straßenkörpers und einen damit gleichzeitig sich notwendig machenden Massenschutt im Gefolge hatten und haben mußten, ist wohl selbstverständlich und wurde auch anschließend ausgeführt, wobei auch teilweise eine ganze Anzahl Erwerbslose mit beschäftigt werden konnten. An Massenschüttungen wurden, unterstützt mit geldlichen Beihilfen durch den Bezirk, ausgeführt und fertiggestellt größere Strecken der Wöschter Straße vom Oberortplatz an bis zu den Teichen, ferner ein Stück der Rabenauer Straße am Berge, sowie die kleine Mühlstraße und endlich die vom Stadtparkhaus hart mitgenommene Technikallee bis zum Niedertorplatz. Im neu errichteten Stadtpark mußten eine ganze Anzahl Fußwege angelegt werden, wobei dies aus der städtischen Kiesgrube Verwendung fand. Gegen Jahresabschluss konnte auch endlich die brennend gewordene Sportplatzanlage in Angriff genommen werden, die, wenn auch noch nicht ganz vollständig, so doch in der Hauptsache als durchgeführt angesehen werden kann. Neben all diesen größeren Arbeiten, an denen meist die volle Belegschaft der Bauverwaltung teilnahm, wurden eine Fülle von Privatarbeiten erledigt. Wasserleitungsanschlüsse ausgeführt und Schienenanlagen für die Neubauten Wörner (Schützenhaus) und Stenzel in der Rabenauer Straße durchgeführt. Ein großer Rohrbruch im Hochbehälter am Schwindschen Gasthaus zum Steinbruch nahm sogar am Jahresende eine Anzahl kommunalbediensteter die feierliche Rube. Während des ganzen Jahres konnte der Betrieb im städtischen Porzellanwerk und in der Kiesgrube aufrecht erhalten werden, bis auch hier derselbe zeitweilig durch den eintretenden Winter unterbrochen werden mußte und die dadurch frei werdenden Kräfte zur Schnee- und Eisbeseitigung, zum Sandstreuen und Straßenreinigen weitere Betätigung fanden.

Geplante Arbeiten für das Jahr 1926:

- 1.) Schleifen- und Wasserleitungsarbeiten für die Gewerbeplätze.
- 2.) Schleife für Nicolaisstraße nach der Weisbachstraße.
- 3.) Massenschutt auf der Reinholdsdorfer Straße, 800 m.
- 4.) Ein Stück Massenschutt auf der großen Mühlstraße beim Neubau Groß-Dresden.
- 5.) Sportplatz (geht jetzt nicht zu machen, da zu naß, Pferde verunfallen).
- 6.) Neue Weg vom Briefkasten nach der Gartenstraße ist vorzurichten.
- 7.) Fußwege ausbessern: 1. von Ratsmühle nach Gartenstraße; 2. nach Schuttabladepfad; 3. Gaudens Reide; 4. Parkweg; 5. Tempelweg; 6. Kiemer Rißje; 7. Große Wassergasse.

Städtisches Elektrizitätswerk.

In der Zeit vom 1. 12. 24. bis 30. 11. 25 wurden vom Ueberlandstromverband Freiberg (A.S.W.) 200 725 Kilowattstunden bezogen. An neuem Strom wurden vom Werk 218 243 Kilowattstunden abgeben.

Der Anschlußwert beträgt j. J. 1068 Kilowatt. Die höchste Belastung war im Dezember mit 180 Kilowatt. Angegeschlossen sind 447 Grundstücke mit 1284 Abnehmern. Es verbleiben also nur noch 3 Grundstücke, die noch keinen Anschluß an das städtische Leitungsmetz haben.

In der Stromzuführung waren 87 kurze Unterbrechungen und 10 längere Störungen zu verzeichnen.

Der Strompreis ist in der genannten Zeit mit 50 Pfa. für die Kilowattstunde gleich geblieben. Im Vergleich mit den Nachbarwerken liegt dieser in normalen Grenzen, obwohl diese nur 45 Pfa. für die Kilowattstunde erheben, dagegen Zählermieten und Anschlußgebühren extra berechnen, die bei uns im Strompreis inbegriffen sind.

Angegeschlossen wurden 10 neue Grundstücke, u. a. wurde eine längere Leitung nach dem Grundstücke von Herrn Ingenieur Adam ausgeführt.

Beim Wasserwerk wurden vom 1. Oktober 24 bis 30. September 25 88 203 cbm nahbar abgegeben. Die entnommene Wassermenge konnte nicht registriert werden, da der Wassermesser am Taubenberg seit längerer Zeit ausgefallen ist. In das Leitungsmetz wurden 8 neue Anschlüsse hergestellt.

Städtische Finanzverwaltung.

Die Vorarbeiten zu den Haushaltsberatungen 1925 begannen im Januar. In seiner März-Sitzung konnte dem Finanz-Ausschuss durch Kenntnis gegeben werden, daß mit rund 55000 M. ungedecktem Fehlbetrag zu rechnen sein würde. Wenn letzterer im Laufe des Jahres nur eine mit 99 801 M. erreichte Höhe erreichte, bis zum endgültigen Abschluß aber auf 51 115 M. herabzurücken möglich war, so verankert diese Maßnahme ihre Möglichkeit den mehrerzielten Einnahmen und den beschlossenen Einsparnissen bei den Ausgaben, die bei den beteiligten Kreisen allseitiges Verständnis fanden. Die Abstützung dieses Fehlbetrages auf 51 115 M. war bisher nur teilweise angängig, und zwar durch Aufnahme eines kurzfristigen Darlehens von 40 000 M. Für die Deckung der verbleibenden 11 115 M. wird aller Voraussicht nach ebenfalls nur der Anleiheweg offen bleiben. In schweriger Finanzlage wurden wir, jedoch dadurch versetzt, daß die Stadt nach einer erst vor kurzem eingegangenen Ministerialverordnung nicht nur auf das Finanzjahr 1925 keinen Zuschuß aus dem sogenannten Lastenausgleichsfonds erhalten, sondern im Jahre 1924 zwei erhaltene 10 332 RM. sogar nach zurückhalten soll. In 14 (13) Sitzungen hat der Finanz-Ausschuss 223 (215) Vorlagen erledigt. Außer diesen 14 Sitzungen fand eine solche mit dem Ortsausschusse des hiesigen Handwerkes und Kleinhandels, mit Vertretern der Industrie und der Landwirtschaft sowie einem Darlehensvermittler statt. Diese Verhandlung sowohl, als auch ein umfangreicher Schriftwechsel mit vielen Bankinstituten zwecks Erlangung von Geldmitteln zur Gewährung von Darlehen an die vorerwähnten Erwerbsstände und zu Wohnungsbauzwecken blieben erfolglos. Die zum größten Teile auf Provisionen abzielenden Vermittlungen waren Schwindelunternehmungen, auf die die Stadt nicht hineingefallen ist. Zu den gefuchten neuen Steuerquellen gehörte der von dem Finanz-Ausschuss befürwortete Entwurf des 42. Nachtrages zur Gemeindefeuerordnung für die Stadt Dippoldiswalde, Wertzuwachssteuer betr. Leider hat sie bis Ende 1925 einen Ertrag nicht gebracht. Unter den weiteren Vorlagen des Finanzausschusses befanden sich mehrfach Ueberlichten über die Finanzlage der Stadt, Festsetzungen der städtischen Vermögenswerte, Vorschläge für Bewilligung von Bankkollisionsstellen aus den Melzynsteuererträgen zur Förderung des Wohnungsbaues, zur Gewährung eines Darlehens für die Inneneinrichtungen der Kleingärten an der Kreuzbach, zur Bewilligung von Mitteln für Erwerbslose und für die Wohlfahrtspflege, zu Notstandsarbeiten (Stadtpark, Sportplatz, Instandsetzung des Straßennetzes, Beschleunigung der Drauf- und großen Mühlstraße sowie Aue), weiter zu Baulichkeiten am Ratsbauwerk, bei der Stadt- und Mülerschule, zur Ergänzung der Lehrmittel und des Inventars für die Schulen und Wälder für das Stadtkrankenhaus, zur Beschaffung von Holz aus den Staatsforstrevieren, zur Unterhaltung und Fortführung des Anderheims bier, zur Unterbringung von Kindern im „Salzstift“ Gorgenfeld.

zu Unterhaltungen an erzieherische, bildende und volkswirtschaftliche Vereine und Institute (Arbeiterkameradschaften, Volks- und Gewerkschaftsbüchereien u. a. m.), bezgl. zu 2 halben Freistellen an der Landesschule in Dresden und zur Errichtung eines Freistuhles an der Universität in Leipzig, abermals zum Ankauf einer Motorspritze sowie von Ureal und zum Neubau eines Handels- und Gewerbeschulgebäudes, ebenso zur Beschaffung von Promenadenbänken, zur Fertigstellung von weiteren Jahrmärkten und zu den Kosten für die Vorarbeiten (Entwürfen) zur Errichtung eines Kriegerehrenmals. Endlich seien von den nicht zu unterschätzenden Beratungsgegenständen des Finanzausschusses erwähnt der Materialgewinnung aus dem städtischen Steinbruch für Straßenschutz. Im Kalenderjahr 1925 beziffert sich der Umsatz bei der Stadthalle auf 1 607 573 M. 81 Pf. (819 823 M. 73 Pf. Einnahmen und 787 740 M. 88 Pf. Ausgaben). Das städtische Vermögen betrug Ende 1925 rund 980 000 M., denen rund 200 000 Mark Schulden gegenüberstehen. Der in der Stadthalle mit tätige Beamtenwärter Delang jun. wurde Mitte September entblassig der Sparkasse wieder zugeteilt. Die im Jahre 1924 bei der Stadthalle nach „System Reinhardt“ eingerichtete Buchführung hat sich, nachdem mancherlei durch die Praxis sich ergebenden Erfahrungen in bezug auf Verbesserungen nachgeholt bez. verbessert worden sind, auch im Jahre 1925 bewährt. — Mäße es im Jahre 1926 gelingen, den sowohl vom Stadtpark der Gemeinde, als auch vom Stadtpark des einzelnen Steuerzahlers und der Wirtschaft erstrebenswerten Zustand zu erreichen, nämlich die Ausgaben der Stadt Dippoldiswalde mit den Einnahmen in Einklang zu bringen!

Stadtschule.

An der Volks- und Fortbildungsschule ging die Schülerzahl weiterhin zurück. Zählten im Schuljahr 1924/25 die Volksschule 552 und die Fortbildungsschule einschließlich der Verbandsmädchenschule 283 Schüler, so waren im laufenden Schuljahr im Durchschnitt nur 500 bzw. 260 Schüler da. Dies bedingte zu Otern die Einziehung einer Volksschulklasse und den Abbau eines Lehrers. Herr Weigand wurde nach Kipsdorf versetzt. Die Zahl der Lehrer ging von 21 auf 20 zurück. Nach dieses Jahr sind langandauernde, erste Erkrankungen von Mitgliedern der Lehrerschaft zu beklagen. Herr Heilmann, Fr. Balkowski und Herr Göbe konnten längere Zeit keinen Unterricht halten. An ihrer Stelle wirkten als Vertreter Fr. Friedrich, Herr Freund und Fr. Günther. Während Herr Heilmann wieder voll dienstfähig wurde, führte die Krankheit des Herrn Göbe zum Tode. Am 7. November ist er in Donauisch verstorben und am 10. dort begraben worden. Er folgte im Tode unsern verehrten Oberlehrer i. R. Eißner, der am 6. August zur ewigen Ruhe einging. Fr. Balkowski gab am 15. August ihre diesige Stelle auf. Für sie wurde Fr. Becker als Lehrerin an der Mädchenfortbildungsschule gewählt. Die Stelle des Herrn Göbe erhielt Herr Rudolf Eißner.

Der Gesundheitszustand der Kinder ließ ebenfalls zu wünschen übrig. Der Herr Schularzt stellt in seinem Berichte besonders die Kränklichkeit der Kinder, die zu Pflanz- und Kröpfbildung fest. Er bemängelt vor allem den schlechten Zustand der Jahre. Wir wissen, daß die Ursache dieser traurigen Erscheinungen in den Koständen zu suchen sind, die die Krieg- und Nachkriegsjahre brachten und haben deshalb keine Mittel gescheut, Linderung zu schaffen. Um Verdrümmungen nicht zu fördern wurde damit begonnen, die alten engen Bänke durch neue Tische und Stühle zu ersetzen, den Atmungsorganen soll durch Belag der Holzflächen Holzstößen mit Linoleum gedient werden, zur Sanierung der Jahre ist die Krankenkasse für Schuljahrspflege gegründet worden. Unterrichts- und Körperübungen wurden durch Fortsetzung der Speisungen und Unterbringung in Erholungsheimen bekämpft.

Nach sonst würde der Schule die nötige Aufmerksamkeit geschenkt. Das Dach der alten Schule wurde umgedeckt, das Treppenhaus der alten Schule und drei Lechräume neu verputzt. Die Mittel für unentgeltliche Abgabe von Lehrmitteln wurden erhöht. Nach Auszug der Handels- und Gewerbeschule steht zu erwarten, daß auch die Kaunnot der Volksschule behoben wird.

Der Schulausschuss hielt 6 Sitzungen ab und hat sich durch seine zielbewusste Arbeit den Dank der Stadt und der Elternschaft gesichert.

Deutsche Mülerschule.

Am 1. Januar betrug die Schülerzahl 148, darunter 15 Hörer, am 3. Januar traten noch 19 Schüler, darunter 4 Hörer ein, so daß die Gesamtzahl der Schüler im Wintersemester 167 betrug. Im Sommersemester betrug die Schülerzahl 158, darunter 17 Hörer, zur Zeit wird die Schule von 157 Schülern, darunter 20 Hörer, besucht; am 4. Januar traten noch 34 Schüler, darunter 2 Hörer, in die Schule ein, so daß die heutige Schülerzahl 191 Schüler beträgt.

Die Zusammenziehung des Mülerschulausschusses hat sich bis auf die Vertreter der Lehrerschaft nicht geändert.

Auch im Lehrerkollegium trat eine Veränderung nur insofern ein als der zur weiteren Ausbildung in den verschiedensten Mühlen und Mühlenbauanstalten beurlaubte Diplom-Ingenieur Schöble seinen Unterricht wieder aufnahm. Herr Gewerbe-Oberstudienrat Schreck hat nach abgelaufener Wiederberufung am 1. April auch wieder seinen vollen Unterricht übernommen. Herr Gewerbe-Studienrat Wolf war am 1. 4. Herr Gewerbe-Oberstudienrat Schreck am 1. 10. 25 Jahre an der Schule tätig.

Die Reifeprüfungen wurden planmäßig abgehalten und ergaben folgende Ergebnisse:

6. März: Vorst. Herr Ministerialrat Mühlmann: Gemeldet 48 Schüler, zurückgetreten 1, zurückgewiesen 1 Schüler. Befanden: 39 Schüler, davon „Mit Auszeichnung“ 2 Schüler. Gut befanden: 14 Schüler.

15. August: Vorst. der Direktor als Staatskommissar: Gemeldet: 32 Schüler. Befanden: 46 Schüler, davon „Gut befanden“ 26 Schüler.

Die größeren Eruktionen fanden statt: Im Januar nach Berlin: Mühlenbauanstalt Köpfer, Versuchsanstalt für Mülerei und Bäckerei, Mühlenwerke Schött, Bäckerei Wuttler. Im Juli nach Hamburg: Mühlenbauanstalt F. S. Schule, Mühlen: J. P. Lange, H. W. Lange, Reismühlwerke im Freibesen. Ferner: Seckerwerke, Gebr. Große, u. a. m.

An größeren Anschaffungen sind zu erwähnen: Kinoapparat, 6 neue Mikroskope, 2 chem. Wagen, Elektromotor für die Versuchsmühle, Drehstromschalttafel im Vortragssaal, wozu das Ministerium einen namhaften Beitrag leistete.

Der Schule wurden wieder zahlreiche wertvolle Lehrmittel gestiftet und in der Unterrichtsreihe wurden wieder viele neue Maschinen aufgestellt, wobei besonders zu erwähnen sind: Gebr. Eck, Dresden, Mül. Leichmann, Jels. Gebr. Große, Coblenz, Vogel und Schöble, Dresden, Jamos, Dessau, insbesondere hat die Firma Eck eine ganz umfangreiche Montage übernommen.

Die Schule erhielt mehrfach Besuch, u. a. Schöbl, Mühlenverband, Mülereiingenieur Reichen, Mülereiingenieur Döbeln, Direktorium der Seckerwerke u. a. m., die sich alle äußerst lobend aussprachen.

Der Direktor vertrat die Schule beim Sächsischen Mühlenverband, Verband Deutscher Mülerei, Steffin, Verein Deutscher Handwerkschüler, Berlin. Seine Vorzüge Steffin: Renovationen in der Mülerei und Berlin: Die Ausbildung des mülereischen Nachwuchses wurden mit großem Interesse und allgemeiner Zustimmung aufgenommen.

20 Neuanmeldungen, bis heute, als recht gut zu bewerten.

Die Anmeldungen für das Sommersemester 1926 sind mit Wieder befehlen einige Schüler die Meister- und Befähigungsprüfungen der Handwerkskammer Dresden, deren theoretischen Teile in der Schule erledigt wurden.

An fremden Vorträgen konnten die Schüler teilnehmen: In Hamburg: Der Getreide-Import und -Export, Großhandlung, Holz, in der Schule: Mülereiingenieur, Herr Dr. Ing. Wertheim.

Erwerbslosenfürsorge.

Die Lage des Arbeitsmarktes war im allgemeinen im Berichtsjahre günstiger als im Vorjahre. Während 1924 ein Monatsdurchschnitt von 158 Erwerbslosen mit 228 Angehörigen zu verzeichnen war, beträgt er im verfloßenen Jahre nur 61 Erwerbslose mit 112 Zuschlagsempfängern. Der 31. Dezember 1925 wies die höchste Erwerbslosenzahl dieses Jahres auf 233 mit 417 Angehörigen. Ueber den Umfang der Kurzarbeit kann mangels amtlicher Unterlagen nicht berichtet werden. Die Jahressumme der ausgezahlten Unterstützungsgelder beläuft sich auf rund 42 000 Mark, der städtische Anteil hieran schätzungsweise auf 4000 M. Die Schaffung des Volksparkes im Wege der Notstandsarbeit geschah in der Zeit von Oktober 1924 bis Mitte des Jahres 1925 und hat 24 500 M. Kosten verursacht. In dieser Summe sind 15 000 M. an Notstandsarbeiter und städtische Arbeiter gezahlte Löhne enthalten. Von den Notstandsarbeiterlöhnen von 13 500 M. hat die Stadt endgültig nur 1000 M. getragen, der übrige Teil ist aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge erstattet worden. Im Frühjahr wird der Park seiner Bestimmung übergeben werden. Möge er sich regen Zuspruch erfreuen!

Der schlechte Zustand des Straßen- und Wegenebes erfordert umfangreiche Instandsetzungsarbeiten. Sie kamen in der Zeit von April bis Oktober zur Ausführung und gaben wieder zahlreichen Erwerbslosen Verdienstmöglichkeit. Im Zusammenhange damit erfolgte die Planierung des Turnplatzes des Allgemeinen Turnvereins. Zur Entlohnung der Notstandsarbeiter wurden 11 000 Mark aufgewendet; die Entlohnungen aus Mitteln dieses Betrages. Die Bemühungen auf Schaffung eines neuen Sportplatzes scheiterten an der Platz- und Geldfrage. Die Stadt hat sich deshalb zur Beseitigung der Mängel des alten Sportplatzes zu seiner Planierung und Verschönerung entschlossen. Mit den Arbeiten wurde am 2. November begonnen; sie müßten aber bald wegen der ungünstigen Witterung eingestellt werden. Ihre Fortsetzung erfolgt, sobald das Wetter sie erlaubt. Der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises Dippoldswalde hat die Ausführung dieser Arbeiten als Notstandsarbeit genehmigt. 1000 Erwerbslosentagelöhne sind dafür vorgesehen; die Förderungsfrist läuft bis 31. März 1926.

Die Ausdehnung der Erwerbslosigkeit im Dezember und ihr weiteres Steigen geben zu berechtigter Sorge Anlaß. Die Stadt ist leider finanziell zu schwach, um durch Notstandsarbeiten größeren Umfangs die Not der Arbeitslosen wirksam lindern zu können. Sie hat sich deshalb gemeinsam mit dem Bezirksverband der Amtshauptmannschaft an das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium mit der dringenden Bitte gewandt, für die Inangriffnahme geeigneter Notstandsarbeiten im Bezirke Sorge zu tragen. Als besonders geeignet und notwendig sind hierbei die Fertigstellung der Bahnhofs-Schmiedeberg-Waldau und der Bau der Laßperre bei Schellerbau im oberen Weiskirchhof und im Pöbelsal bezeichnet worden. Nach Vollendung dieser Arbeiten der städtischen Handels- und Gewerbetreibenden mit Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge weiterzuführen. Zu wünschen bleibt, daß den Industrieunternehmungen der Stadt die Wiederaufnahme ihrer Betriebe resp. soweit sie überhaupt noch arbeiten, die Wiedereinstellung ihrer alten Belegschaften in nicht zu ferner Zeit wieder möglich wird. Denn wirklich helfen kann uns allein Arbeitsgelegenheit.

Fürsorge für Klein- und Sozialrentner.

Die Zahl der unterstützten Klein- und Sozialrentner hat sich im Laufe des verfloßenen Jahres nur wenig geändert. Sie betrug durchschnittlich 65 mit 46 Angehörigen. Zur Auszahlung der monatlichen Unterstützungen waren 35 800 M. nötig. Der Bezirksfürsorgeverband der Amtshauptmannschaft trägt $\frac{1}{2}$ die Stadt $\frac{1}{2}$ des Aufwandes. Vielleicht bringt die Wiedervereinigung angemeinerer Hypotheken und Vorzugskredite auf Staatspapieren in Zukunft eine kleine Erleichterung.

Allgemeine Fürsorge.

Zur Unterstützung Minderbemittelter aller Art wurden kostenlos abgegeben: 1233 Jentner Steinhöhlen und Briketts und 244 Jentner Kartoffeln; außerdem 149 $\frac{1}{2}$ m Brennholz zu ermäßigtem Preise. Auch ein Teil der in der Rücklage der Mädchenfortbildungsschule beim Unterricht festgesetzten Speisen kam Bedürftigen zugute. An kinderreiche Familien wurden durch Vermittlung des Wohlfahrts- und Jugendamtes der Amtshauptmannschaft 280 m Bettzeug zu verbilligten Preisen abgegeben. 33 bedürftige Konfirmanden erhielten Kleidungsstücke im Werte von 436 M. und außerdem 150 M. Einkleiderbeihilfen; für 10 Oberlinge kamen 150 M. zur Auszahlung. Die ungenügend wirtschaftlichen und gesundheitlichen Verhältnisse zahlreicher Familien waren, geht weiter daraus hervor, daß rund 11 000 M. für einmalige und laufende Vorunterstützungen aufgewendet werden mußten und der Aufwand für in Anhalten untergebrachte

Die blonde Drossel.

Roman von E. Fahrenow.

1. Fortsetzung.

Ein Automobil wäre aber noch besser! murmelte Verber ungeduldig. Er konnte es nicht lassen, es gebührte zu seinen Schwächen, immer höher hinaus mit Frau Ulrich zu wollen, als sie selbst mochte.

Sie schüttelte den Kopf. So ein Stinkding kommt mir nicht in die Remise! sprach sie energisch, und Sie brauchen nicht immer wieder davon anzufangen.

„Verber“, sagte er eigenfönnig, solche Sachen sind Sie doch Ihrem Reichtum schuldig.“
„Was?“, rief sie laut, als nötig war. „Jetzt, wo ich keinem Menschen etwas schuldig bin, soll ich meinen Geliebten etwas schuldig sein? Sie sind nicht bei Trost, Verber! Hören Sie lieber zu, was ich Ihnen erzähle, und verberben Sie mir nicht die Banne.“

„Als ob es was möglich wäre, Frau Ulrich!“
Sie lachte belächelnd.

„Sagen Sie das nicht! Ich bekomme jetzt mand- mal Anwandlungen von Melancholie, und dann packt mich ein Kater. Gerade in solchen Stunden reut es mich, daß ich noch gar nicht nach meinem Bruder getrachtet habe. Das heißt, eigentlich wäre das ja seine Sache gewesen!“

„Natürlich wäre es das!“

„Er hat sich eben nie um mich gekümmert, dazu war er wahrscheinlich zu stolz!“

Ihr gutmütig spottender Ton ließ Verber mißmütig den Kopf schütteln.

„Stolz nennen Sie das, Frau Ulrich? Eine Schleich- tigkeit war es! Wo er doch gehört hatte, daß Ihre Eltern tot waren!“

„Na ja, das war eben das Letzte, was er gehört hatte. Und daß ich mit meinen lieblich Jahren in Stellung gegangen war, wußte er auch. In Dient- wanne es ganz richtig meine Mutter, die es ihm erzählte. Aber ich hatte Glück, schon damals! Das alt- Fräulein, bei dem ich diente, brachte mir ordentlich die Haushaltung bei und so nebenbei noch ein bißchen Bildung. Aber die Haushaltung, das bleibt doch die Hauptsache für uns Frauen.“

und in Krankenhäusern verpflegte Personen fast 13 000 M. erreichte.

Jugendfürsorge.

Zur Besserung des Ernährungszustandes schwächlicher Kinder fanden Schulspeisungen statt. Es wurden gespeist an den Wochentagen in der Zeit vom 12. Januar bis 4. April täglich 100 und vom 27. April bis 11. Juli täglich 40 Kinder. Rund 8850 Portionen kamen zur Ausgabe. Verarbeitet wurden Mehlspelsen, Kakaos mit Weizen und Reis mit Corned Beef. Die Lebens- mittel für die Speisungen lieferte der städtische Ausschuß für die Kinderpeisung. Außerdem konnten zu unserer Freude 27 er- holdungsbedürftige Kinder für einige Wochen dem Kinderheimen Georgenfeld, Wick usw. zugeführt werden.

Versicherungsamt.

Beim Versicherungsamt gingen 47 Unfallanzeigen ein. Es machte sich die Vornahme von 12 Unfalluntersuchungen nötig. Geheilt wurden 18 Anträge auf Invaliden-, 4 auf Witwen- und 2 auf Waisenrente.

Fortsetzung folgt.

Das neue Reichskabinett.

Die voraussichtliche Zusammensetzung.

Die Verhandlungen zwischen dem mit der Bildung einer neutralen Regierung der Mitte beauftragten Reichskanzler Dr. Luther und den Vertretern der Zentrumspartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei sind nunmehr in der Hauptsache abgeschlossen. Der Reichskanzler hat am Sonntag vormittag dem Reichspräsidenten über das Ergebnis Bericht erstattet. Es darf damit gerechnet werden, daß im Laufe des heutigen Tages sämtliche Grundlagen für die endgültige Entscheidung vorliegen.

Die Ministerliste.

Am Sonnabend abend wurde im Reichstage folgende Ministerliste für das kommende Reichskabinett als wahrscheinlich genannt:

- Reichskanzler: Dr. Hans Luther.
- Außenminister: Dr. Gustav Stresemann (D. Vp.).
- Innenminister: Erich Koch (Dem.).
- Justiz und Befehle: Wilhelm Marx (Str.).
- Finanzen: Dr. Peter Reinhold (Dem.).
- Wirtschaft: Dr. Robert Bärger (Str.).
- Verkehr: Dr. Frohne (D. Vp.).
- Arbeit: Dr. Heinrich Brauns (Str.).
- Ernährung: Karl Heyß (D. Vp.).
- Reichswehr: Dr. Otto Geßler.
- Post: Stöckl (Bahr. Vp.).

Die Bayerische Volkspartei hat vorläufig dieser Ministerliste noch nicht zugestimmt. Ihre endgültige Entscheidung wird sie in einer Fraktionsitzung am Montag nachmittag treffen.

Die Erwerbslosenfürsorge.

Zwei neue Verordnungen.

Der Reichsrat genehmigte zwei neue Verordnungen zur Erwerbslosenfürsorge. Die erste Verordnung soll eine zu große Befreiung von der Beitragszahlung unterbinden. Als Befreiungsgrund gilt nur, wenn es sich nicht um einen christlichen Arbeitsvertrag, sondern um einen Tarifvertrag mit halbjähriger Dauer handelt.

Die zweite Verordnung sieht die Bildung einer Reichtumsausgleichsklasse vor, durch die Beitragszahlung und Unterstützung in Reich normiert wird. Der Reichtumsanteil der Erwerbslosenfürsorge wird vom 1. Februar ab bis auf weiteres auf ein Prozent des Grundlohnes festgesetzt.

Das Gesetz über Einbeziehung der höher be- zahlten Angestellten (bis zu 6000 Mark Jahres- einkommen) in die Erwerbslosenfürsorge kann nunmehr

publiziert werden, nachdem es nach der Annahme durch den Reichstag, um der gesetzlichen Form zu genügen, nochmals dem Reichsrat vorgelegt worden war und dieser von dem Reichstagsbeschlusse Kenntnis nahm, ohne Einspruch zu erheben.

1400 Dawes-Millionen.

Der Betrag der Daweszahlung, den wir in diesem Jahre zu bezahlen haben, beläuft sich bekanntlich auf nicht weniger als 1400 Millionen Goldmark gegenüber 1200 Millionen im Jahre 1925. Es haben sich darüber in der ausländischen und auch in der deutschen Presse lebhafteste Auseinandersetzungen entwickelt; die durch die nicht eben erfreuliche wirtschaftliche Lage des deutschen Reiches veranlaßt worden sind. Da unsere Zahlungsfähigkeit von unserer industriellen Ausfuhr abhängt, so sind verschiedentlich Zweifel laut geworden, ob wir imstande sein werden, diese 1400 Millionen zu entrichten.

Mit dieser Summe ist aber die größte Höhe unserer Jahreszahlungen noch nicht erreicht. 1927 haben wir 1750 Millionen zu bezahlen, und von 1928 ab jährlich 2500 Millionen, ohne daß bisher die Gesamtsumme unserer Reparationsverpflichtungen festgesetzt worden ist. Daß wir diese Zahlungen nicht leisten können, wenn unsere Verhältnisse sich nicht ganz bedeutend ändern, das ist wohl nicht zu bezweifeln. Volkstommen und diskutierbar ist die neuerdings in der französischen Presse wieder auftauchende Forderung, die deutschen Jahreszahlungen über die im Dawesplan festgesetzte Summe hinaus zu erhöhen. Um die Sinnlosigkeit dieses Verlangens zu zeigen, brauchen wir die Franzosen nur daran zu erinnern, daß es ihnen schon zu viel war, als Amerika von ihnen jährlich 500 Millionen als Abschlagszahlung auf die französischen Kriegsschulden forderte, während wir schon 1200 Millionen jährlich zahlen haben und bis 2500 Millionen für das Jahr zu bezahlen haben werden. Aus diesen Tatsachen ergibt sich auch, daß uns zu viel auf- erlegt worden ist.

Der Dawesplan schließt allerdings Sanktionen aus, wie sie früher von Paris aus gegen Deutschland verhängt wurden, aber der Generalagent für die deut- schen Reparationszahlungen, Parker Gilbert, hat bei nicht päntlichen deutschen Zahlungen das Recht, die deutschen Ausgaben im Reich, in den Staaten und Gemeinden selbständig zu kürzen, und die Steuern nach seinem Ermessen zu erhöhen. Er steht über der Reichsbank und über dem Eisenbahnwesen, und ohne seine Zustimmung darf keine Banknote mehr gedruckt werden. Eine abermalige Inflation ist also unmöglich, das ist aber auch das einzige Mittel, welches von uns ferngehalten werden kann, sonst haben wir uns den Anordnungen des Generalagenten zu unterwerfen.

Nun hat der Reparationsagent in dem soeben veröffentlichten Bericht über das erste Jahr unter dem Dawesplan seine Ueberzeugung dahin ausgedrückt, daß Deutschland 1926 ebenso anstandslos bezahlen darf wie 1925, freilich hat er auch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß Deutschland seine Ausgaben noch mehr als bisher einschränken müsse. Die öffent- lichen Ausgaben wiesen, so heißt es in dem Bericht des Reparationsagenten, eine gefährliche Neigung zum Steigen auf, gerade zu einer Zeit, in der es für die deutsche Wirtschaft das dringendste Bedürfnis ist, daß ein möglichst großer Anteil des Volkseinkommens in produktive Bahnen geleitet wird. Außerdem befürchte die Gefahr, daß unnötig hohe Steuern durch Schwächung der Leistungsfähigkeit die Steuerquellen selbst zum Versiegen bringen.

Wenn der Agent dann am Schluß das schwere Ringen der deutschen Industrie schildert, mit dem das- besten Problem, ihr Betriebskapital zu ergänzen, und die Betriebsführung nach modernen Richtlinien einzu- stellen, so wird allerdings der Optimismus, daß dieser

wünschsten Auskünfte verschaffen. Und nun sehen Sie mal bloß die neuen Anlagen hier an, ist das nicht ein

2. Kapitel.

Als Verber an diesem Abend nach Hause kam, fand er seine Nichte im Wohnzimmer vor.

Sie war damit beschäftigt, Zigarettenhüllen mit Tabak zu füllen.

„Als er eintrat, sah sie auf, und ein rascher Blick aus zwei ungewöhnlich großen und dunklen Augen traf ihn.“

„Schimpfe nicht, teurer Onkel!“, rief sie ihm entgegen. „Ich sehe es dir an, daß dir wieder eine dom- nernde Strafpredigt auf der Junge sitzt! Aber schude sie nur herunter, sie nützt doch nichts, und ich bin nicht für Kraftschwendung.“

Verbers nets grammes wensch wurde noch mür- rischer.

„Du weißt, ich gestatte keinen Zigarettenrauch in meiner Wohnung!“ knurrte er.

„Ja, ich weiß“, erwiderte sie sanftmütiger, als nötig. „Du siehst, ich rauche nicht! Ich mache bloß Zigaretten.“

„Wozu das? Unnötige Ausgaben!“
„Behaupte das nicht! Beurteile mich überhaupt erst, wenn du alles weißt, besser aller Onkel! Soll ich dir die Pantoffeln und das Pfeifchen bringen?“

Niemals hatte Gustav Verber diese beiden Requi- siten benutzt, und empört blickte er seine Nichte an.

Sie aber lachte übermütig auf, wobei ihr pikantes und anziehendes Gesicht durch ihre produktvollen Zah- nreihen verhöht wurde.

„Nein!“ rief sie aus. „Er lacht nicht! Um keinen Preis lacht er! Wo wird er denn Epak verziehen! Er ist der getreue Anwalt Fröbols, ergeben der Bedieterin, Karoline Ulrich, und damit basta! Na, nun nimm mir nicht das wieder übel! Dufelchen, da meinst es ja doch so gut! Und diese Zigaretten sind eine hervor- ragende Erfindung von mir! Es sind Blumen- duft-Zigaretten.“

Lobeck KAKAO SCHOKOLADE

Chronik des Tages.

Die deutschen Botschafter haben Auftrag erhalten, bei den Alliierten um Aufklärung über die geplante Festlegung der Besatzungsmächte im Rheinland zu bitten.

Nach amerikanischen Blättermeldungen soll angeblich eine Revision des Dawesplanes ins Auge gefasst sein, wonach der Beitrag der deutschen Zahlung nach Maßgabe der deutschen Handelsbilanz festgelegt werden würde.

Die Reichsregierung verhandelt zurzeit mit der Tschecho-Slowakei über die Festlegung des Beginns der Handelsvertragsverhandlungen.

In den deutsch-polnischen Wanderarbeiterverhandlungen ist eine vorläufige Regelung für 1926 zustande gekommen.

Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion hat die Bereitstellung einer Reichshilfe von 5 Millionen Mark für die Hilfs- und Aufbaumarbeiten in den Ueberschwemmungsgebieten beantragt.

Durch die neuen Schneefälle sind im europäischen Bahnverkehr beträchtliche Störungen verursacht worden.

Die Besatzungsmächte.

Wie bereits aus der Protestkundgebung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags hervorgeht, besteht bei den Alliierten die Absicht, entgegen dem Sinne ihrer in Locarno gemachten Zusagen, rund 75 000 Mann Besatzungstruppen in die zweite und dritte Rheinlandzone zu legen.

Aus diesem Anlaß erinnert die dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann nahestehende „Tägliche Rundschau“ daran, daß den deutschen Delegierten in Locarno die Zusicherung gegeben worden sei, daß die Truppenstärke in der zweiten und dritten Besatzungszone annähernd auf die deutsche Friedensgarnisonstärke herabgesetzt werden solle. Käme die Botschafterkonferenz tatsächlich zu einer Festsetzung der Truppenstärke von 75 000 Mann, so könnte man von einer Annäherung an die deutsche Friedensgarnisonstärke nicht im mindesten sprechen, Deutschland hätte im Frieden in der zweiten und dritten Besatzungszone ungefähr 45 000 Mann. Man hat infolgedessen mindestens erwartet, daß eine Verminderung der Besatzungstruppen auf 50 000 Mann eintreten würde. Mit 75 000 Mann würde man über diese Mindestgrenze so weit hinausgehen, daß von einer Erfüllung der uns gegebenen Zusage absolut keine Rede mehr sein könnte.

Im übrigen darf nicht übersehen werden, daß durch eine Festsetzung der Besatzungsmächte auf 75 000 Mann keine Verminderung, sondern im Gegenteil eine

Vermehrung der Besatzungstruppen stattfindet. Es standen in der zweiten und dritten Zone bisher wenig mehr als 50 000 Mann, und diese Zahl soll nunmehr auf 75 000 Mann erhöht werden, was eine Steigerung der Besatzungslasten von fast 50 Proz. für die Bewölkung des besetzt bleibenden Gebietes bedeuten würde. Würde tatsächlich die Besatzungsmächte auf 75 000 Mann festgelegt, so ständen wir, wie die offiziell bediente „Diplomatisch-politische Korrespondenz“ ausführt, vor einem glatten Vertragsbruch.

Ein diplomatischer Schritt.

Die Botschafter verlangen Aufklärung.

Die Reichsregierung hat die deutschen Botschafter angewiesen, diplomatische Schritte bei den Regierungen der Besatzungsmächte zu unternehmen, um eine Klärung in der Frage der Besatzungsmächte im Rheinland herbeizuführen. Die Botschafter werden bei dieser Gelegenheit nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß die geplante Ueberlastung der zweiten und dritten Zone mit den aus der ersten Zone entfernten Truppen als ein Verstoß gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages und gegen die vereinbarten Rückwirkungen anzusehen ist.

Politische Rundschau.

Berlin, den 18. Januar 1926.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages erteilt abweichend von der sonst üblichen Praxis des Ausschusses die Genehmigung zur Einleitung eines Privatklagenverfahrens gegen den Abg. Bruhn (Dnl.) wegen Beleidigung durch die Presse.

Ein einstimmig gefaßter Beschluß der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft erucht die Reichsregierung, so lan nicht in den Völkerverein einzutreten, bis Garantien geschaffen sind, daß der gesamte deutsche Kolonialbesitz zurückgegeben wird.

Der Prozeßvollmächtigte des Herzogs von Koburg und Gotha hat an den Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Reichstages ein Telegramm gerichtet, in dem er in Abrede stellt, daß eine Auslandsanleihe unter hypothekarischer Belastung des von dem Herzog beanspruchten Vermögens geplant sei.

Wie die Zeitung des Jungdeutschen Ordens mitteilt, ist aus Grund von Angaben mehrerer aus dem Jungdeutschen Orden ausgeschiedener Herren von der Kasseler Staatsanwaltschaft ein Hochverratsverfahren gegen den Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Artur Mahraun, bzw. gegen die Ordensleitung eingeleitet worden.

Deutschlands Vertretung auf der Weltwirtschaftskonferenz. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat sich in seiner letzten Präsidialsitzung zur Mitwirkung an der geplanten Weltwirtschaftskonferenz erklärt. Eine Reihe von Persönlichkeiten wurde festgesetzt, die dem Reichsverband als assoziierte Vertreter

erscheinen, über deren Benennung jedoch zunächst noch ein Einverständnis mit der Reichsregierung herbeigeführt werden soll.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in der Wanderarbeiterfrage haben zur Unterzeichnung eines Protokolls geführt, durch das eine vorläufige Regelung für das Jahr 1926 getroffen wird. Die Hauptbestimmungen des Protokolls sind die Zusage der polnischen Regierung, der Wanderarbeitern vor der Einreise nach Deutschland unentgeltliche Räfte mit Gültigkeit bis zum Ende des Jahres auszustellen, sowie die Bestätigung der deutschen Regierung, daß die polnischen Wanderarbeiter in Deutschland in ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen den gleichartigen deutschen Arbeitern gleichsetzen. Die Verhandlungen über ein endgültiges Abkommen sollen in der zweiten Hälfte des April wieder aufgenommen werden.

Verlängerung der Unterstützungsdauer für Erwerbslose. Der Reichstagsausschuß für Soziale Angelegenheiten hat einen Zentrumsantrag angenommen, der verlangt, daß das Reichsarbeitsministerium nochmals die Landesbehörden ersuchen soll, von dem ihnen gegebenen Recht, die Unterstützungsdauer von 26 auf 30 oder 52 Wochen zu verlängern, Gebrauch zu machen, soweit sie dazu in der Lage sind.

Rundschau im Auslande.

Der belgische Kriegsminister ist zurückgetreten, da er die Verantwortung für die Verstärkung der Dienstzeit auf 10 Monate nicht übernehmen will.

In Antwerpen ist ein Dampfer mit englischen Truppen eingetroffen, die verschiedene im besetzten Gebiet Deutschlands liegende Truppenteile abholen sollen.

Das amerikanische Parlament hat das italienische Schuldenabkommen mit 257 gegen 133 Stimmen angenommen.

Poincarés „Erinnerungen“.

Der ehemalige Präsident der französischen Republik und spätere Ministerpräsident Raymond Poincaré hat in zwei Pariser Zeitschriften mit der Veröffentlichung seiner Aufzeichnungen über die Politik seit 1911 begonnen. Darin versucht er nachzuweisen, daß die Vermehrung der deutschen stehenden Armee um zwei Armeekorps den Anstoß zu den größten politischen Verwicklungen gegeben und daß ebenso die elab-lorhringische Frage sich immer drohender bemerkbar gemacht habe. Er trodeme habe Frankreich unter seiner Regierung keineswegs gewagte Pläne verfolgt. Die Parole sei gewesen: für die Gegenwart den Frieden und die Zukunft sich vorzubehalten. — Diese „Rechtfertigung“ der Politik Poincarés hat nur den einen Fehler, daß die von ihm erwähnte Vermehrung des deutschen Mannschafstbestandes nur die unvermeidliche Antwort gewesen ist auf die vorausgegangene Verstärkung der französischen Armee. Aber auf eine Geschichtsfälschung mehr oder weniger kommt es dem „starken Vorkämpfer“ nicht an, wenn er seine Schuld am Weltkrieg verleugnen will.

Französische Anklagen gegen Hortys Umgebung.

Das Ergebnis der ungarischen Ermittlungen in der Frankensälzungsaffäre scheint die französische Regierung nicht zureichend gestellt zu haben. Nach Ansicht der Franzosen ist der Kreis der an den Frankensälzungen beteiligten Persönlichkeiten viel größer als die ungarischen Behörden es darstellten.

Einer Meldung aus Budapest zufolge soll der französische Gesandte dem Ministerpräsidenten Bethlen mitgeteilt haben, daß nach französischer Auffassung der Adjutant des Reichsverwesers Horty, Magalhães, der Chef der Raketentankstelle, Bartha, sowie die Abgeordneten Julius Gömbös und Dr. Klein an der Fälscheraffäre beteiligt, aber in den amtlichen ungarischen Berichten nicht erwähnt wären.

Inzwischen sind in Ungarn wieder verschiedene Personen unter dem Verdacht, falsche Frankennoten ausgegeben zu haben, verhaftet worden.

Politische Säugung in Rumänien.

Der Kronprinz der Rumänen scheint noch allerhand politische Verwicklungen im Besitze zu haben. In verschiedenen Gebieten des Königreichs haben Kundgebungen zugunsten des Prinzen stattgefunden; die Regierung hat wegen solcher Sympathiebewegungen im Heere 31 Generale verabschiedet. In sechs Bezirken wurde der Ausnahmezustand proklamiert. Offenbar rechnet die Regierung mit dem Ausbruch von politischen Unruhen.

Die Abfindungsfrage.

Ein Schiedsgericht beim Reichsgericht?

Dem Vernehmen nach sollen zwischen den Mittelparteien des Reichstages Verhandlungen im Gange sein über die Grundzüge, wonach in Zukunft bei der Regelung der Fürstenabfindung und der von den ehemals regierenden Häusern gestellten Aufwertungsansprüche verfahren werden soll. Diese Vereinbarungen sollen Ausdruck finden in einem Gesetzentwurf, der in kurzer Frist im Reichstag eingebracht werden soll.

Dieser Gesetzentwurf soll die Einsetzung eines besonderen Schiedsgerichts beim Reichsgericht in Leipzig vorsehen, das nicht nur über alle Abfindungs-, sondern auch alle Aufwertungsansprüche zu entscheiden haben wird. Dieses Schiedsgericht wird zusammengesetzt sein aus Vertretern und hohen Verwaltungsbeamten. Es wird seine Entscheidungen zu treffen haben nach bestimmten Grundzügen, die im Gesetz aufgestellt werden sollen. An diese Grundzüge wird das Schiedsgericht gebunden sein. Seine Entscheidung aber, die innerhalb dieser Grenzen getroffen worden ist, wird endgültig sein. Ausgenommen sind Abfindungsansprüche, die durch Vergleich oder gerichtliches Urteil bereits erledigt sind. Eine Wiederaufnahme des Verfahrens oder eine Ueberprüfung wird nicht erfolgen.

Die Mittelparteien wollen auch die Zustimmung der anderen Fraktionen zu diesen Vereinbarungen zu erreichen suchen, um eine möglichst große Mehrheit über die Regelung der Fürstenabfindung zu sichern.

Anzeichen der Besserung?

Eine Rede des Kölner Handelskammerpräsidenten.

In der Kölner Industrie- und Handelskammer sprach der erste Vorsitzende, Geheimrat Louis Dagen, über die gegenwärtige Wirtschaftslage, in der er Anzeichen einer werdenden Besserung erblickt.

Zu den Zeichen der Besserung gehört, so führte der Redner aus, daß der deutsche Geldmarkt, wenn auch nur mit kurzfristigem Gelde ausgestattet, doch ein anderes Aussehen bekommen habe als im Laufe des vergangenen Jahres. Ein weiteres Zeichen der beginnenden Besserung sei die Abnahme der Wechsel. Man könnte mit einiger Bestimmtheit behaupten, daß das Schlimmste überstanden ist. Der Ruf der ehrlichen deutschen Kaufmannschaft sei in der ganzen Welt wiederhergestellt oder befestigt.

Ein wichtiges Symptom sei, daß von den vielen Krediten, die Deutschland in den letzten Jahren vom Auslande genommen hat, jeder fällige Kredit auf den Tag zurückerstattet wurde. Nicht ein einziger Fall sei vorgekommen, wo das Ausland auf die Rückzahlung auch nur einen Tag zu warten brauchte.

Der Perlach-Prozeß.

Koske und Mühl als Zeugen.

München, 18. Januar.

In dem Prozeß gegen die ehemaligen Angehörigen des Freikorps Bölow, Bölling und Präfert, die während der Niederschlagung des Münchener Räteputches im Hofbräuhaus 12 Einwohner aus dem Münchener Vorort Perlach erschossen ließen, und sich jetzt deshalb wegen Mordes zu verantworten haben, wurde neuerdings der damalige Reichswehrminister Koske als Zeuge vernommen.

Er erklärte u. a., am 9. März 1919 sei von ihm ein Schießbefehl herausgegeben worden, worin gesagt worden war, wegen der Zunahme der Grausamkeiten auf Seiten der Gegner sei jede Person, die im Kampfe mit den Regierungstruppen mit der Waffe in der Hand angetroffen werde, sofort zu erschließen.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob die Leute ohne gerichtliches Verfahren hätten erschossen werden dürfen, erklärte Koske: „Nach der Darstellung der Perlach Angelegenheit nicht!“

General v. Mühl, der ebenfalls als Zeuge vernommen wurde, führte aus, daß die Truppen den Befehl erhielten, diejenigen Leute, die mit der Waffe in der Hand den Soldaten entgegenzogen, zu erschließen. Die Erschließung der Besessenen habe aber nur nach standgerichtlichem Verfahren vorgenommen werden dürfen.

Von einem ehemaligen Mitglied des Freikorps Bölow wurde ausgesagt, er habe unmittelbar nach der Erschließung vier Erschossene auf dem Hofe des Hofbräuhausers liegen gesehen, und es sei ihm sofort der Gedanke gekommen, daß hier etwas Unguläufiges ausgeführt worden sei.

Weiter folgte die Vernehmung des Majors Schulz, des damaligen Vorgesetzten beim Korps Bölow, gegen den eine Untersuchung wegen Teilnahme an den feinerzeitigen Ereignissen in der Schwebe ist. Der Zeuge schilderte den Einmarsch in Perlach, ferner die schweren Terrorakte an der Münchener Bevölkerung usw. Seine Truppe hätte schwere Verluste gehabt und sei aus dem Hinterhalt beschossen worden. Major Bölow habe ihm befohlen, zwei Lüge nach Perlach zu entsenden, als deren Führer er den Leutnant Bölling bestimmt habe. Kein Offizier des Stabes habe am anderen Tage gewußt, daß Besessene eingebracht waren. Böllings Neugier, daß Major Schulz zu ihm gesagt habe, als er die Besessenen einbrachte: „Legen Sie die Schweine um!“ wird von Major Schulz entschieden in Abrede gestellt.

Schlußdienst.

Die Sozialdemokraten fordern Volksentscheid über die Fürstenabfindung.

Berlin, 18. Januar. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat der Parteivorstand der S. P. D. beschlossen, dem am Dienstag zusammentretenden Parteiausschuß vorzuschlagen, die organisatorische Vorbereitung für einen Volksentscheid über die Fürstenabfindung zu treffen.

Räumung von Godesberg.

Godesberg, 18. Januar. Die Besatzungstruppen sind aus Godesberg abgerückt. Ein kleines Aufwärmungskommando ist noch zurückgeblieben, das aber ebenfalls in einigen Tagen abziehen wird.

Große Störungen im Eisenbahnverkehr.

Berlin, 18. Januar. Aus fast sämtlichen Teilen Europas werden außergewöhnlich starke Schneefälle gemeldet. In den deutschen Gebirgen hat sich innerhalb weniger Stunden eine Neuschneedecke von 30 Zentimeter Höhe gebildet. Vielfach sind durch die neuen Schneeverwehungen beträchtliche Störungen im Bahnverkehr, zum Teil bis zu Stunden, verursacht worden. In Oberitalien sind Schneemassen gefallen, wie sie in diesem Umfang seit Jahrzehnten nicht mehr zu verzeichnen waren.

Von einem Hausmörder überfallen.

Berlin, 18. Januar. Ein 20-jähriger Arbeiter erlangte unter einem Vorwand Einlaß in die Wohnung einer Frau in der Friedrichstraße. Sofort fiel der Täter über die Wohnungsinhaberin her und verletzte sie durch mehrere Schnitte mit einem Rasiermesser am Hals. Auf das Geschrei der Dame hin

nahm der Verdreher Weishaus, konnte aber bereits bald darauf ermittelt und verhaftet werden.

Gasvergiftung eines Reichstagsabgeordneten.

Berlin, 18. Januar. Durch Gas vergiftet aufgefunden wurde in seiner Wohnung der Redakteur und sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete G. S. H. v. L. n. Als man ihn auffand, war er bereits bewußtlos. Die herbeigerufene Feuerwehr unternahm sofort Wiederbelebungsversuche, die von Erfolg begleitet waren. Die Gasvergiftung war einem Unglücksfalle zuzuschreiben.

Der Hauptbelastungszeuge im Grans-Prozess.

Hannover, 18. Januar. Mit größter Spannung wurde den Aussagen des Freilegers Seidel entgegengekommen, eines der Hauptbelastungszeugen, der bisher nicht ausfindig zu machen war und der sich nun selber gemeldet hat. Der Zeuge erklärte, eines Tages beobachtet zu haben, wie Grans im Wartesaal Hannover einen jungen Menschen abhing und ihn Haarmann, der sich in der Vorhalle aufhielt, schließlich zuführte. Von zwei Kriminalbeamten wurde die Behauptung Haarmanns, er sei wiederholt von Polizeibeamten mißhandelt worden, als ein Raschakt bezeichnet.

Neuer Vorstoß der „Hessen“.

Reval, 18. Januar. Auf Grund einer Fundmeldung, wonach vier russische Eisbrecher mit zwölf Dampfmaschinen die Insel Hogland mit Westkurs passiert haben, ist das Dünaburgschiff „Hessen“ zu einem abermaligen Vorstoß in Richtung der Insel Hogland von hier ausgelaufen. Bisher ist der anfängliche Plan der „Hessen“, zusammen mit dem estnischen Eisbrecher „Bladiator“ zu versuchen, dem gestrandeten Dampfer „Altenhamme“ Hilfe zu bringen, ausgefallen worden.

Gerichtssaal.

Das Schwindler verdienen. Vor dem Gericht in Münster (Westfalen) stand unlängst eine sehr geschickte Persönlichkeit, die ohne jegliche Vorbildung bei einer Filmfirma sich vom Posten eines Reisenden schließlich bis zur Direktorwürde empor gearbeitet hatte. Als der Richtigkeits so weit vorgerückt war, verlegte er sich auf umfangreiche Schwindeleien, und zwar durch das Mittel von Reklame-Städtelfilmen, für die er in einem halben Jahre etwa 155 000 Mark einfassierte, ohne daß die Filme erschienen. Geschädigt wurden u. a. die Städte Hameln, Herford, Helsenkirchen, Magdeburg, Celle, Hannover, Bodum, Helsen, Hildesheim, Stettin, Lüneburg, Braunschweig und a. m. Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis.

Zu zwölf Jahren Zuchthaus wurde jetzt vom Schwurgericht Berlin der Kellner Danielowski verurteilt, der vor acht Jahren in Berlin nach vorangegangenen Streit eine Gastwirtsfrau niedergeschlagen und nach vollbrachter Tat bestohlen hatte.

Ein Postkassierer in Rehme (Sauerland) hatte sich vor dem Gericht in Arnberg zu verantworten, weil er in 20 Fällen Briefe geöffnet und Geld herausgenommen hatte. Nachdem sie dann wieder verschlossen worden waren, hatte er sie befördert. Der Angeklagte war geständig. Das Urteil lautete auf 10 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

Wegen Herausforderung zum Zweikampf verurteilte das Amtsgericht in Schmiedeberg (Schlesien) einen Zahnarzt aus Krummhübel an Stelle einer erwirkten Festungshaft von 10 Tagen zu einer Geldstrafe von 150 Mark. Der Ueberringer der Herausforderung, ein Major, erhielt eine Geldstrafe in gleicher Höhe.

Aus Stadt und Land.

Bei einem nochmaligen Betrugsauflauf gefaßt! Letzter Tage war in Charlottenburg eine Privatbank durch einen betrügerischen Devisenkäufer erheblich geschädigt worden. Bereits am Tage darauf besaß der Gauner die Frechheit, den gleichen Streich bei einer Berliner Bankfirma zu versuchen. Der Bankinhaber schloß jedoch sofort Verdacht und ließ den raffinierten Schwindler festnehmen.

Vermutlich durch fahrlässige Brandstiftung entstand auf dem Gut Falkenberg der Stadt Berlin ein großes Schadenfeuer, das die mit Getreidevorräten angefüllte Scheune völlig in Asche legte. Es gingen etwa 3000 Mandeln Roggen und 900 Mandeln Weizen in den Flammen auf. In dem Feuer hat ein junger Mann von etwa 18 Jahren den Tod gefunden.

Zwei polnische Schmittler die Täter des Münchberger Raubmordes. Am 15. November vorigen Jahres war ein 24-jähriger Arbeiter aus Jahnsfelde bei Müncheberg (Mark Brandenburg) hinterläßt erschossen und beraubt worden. Als Täter hat man jetzt zwei polnische Schmittler ermittelt, die bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt haben.

Zwei Menschen durch Skiläufer vom Tode errettet. Mitglieder eines Skiclubs aus Reike unternahmen eine Skifahrt in die tschechischen Grenzgebirge. Unterwegs fanden sie einen erstarrten Mann, der zusammengebrochen war. Die 6-jährige Tochter des Mannes, die vermißt wurde, konnte nach langem Suchen ebenfalls völlig erstarrt aufgefunden werden. Man ließ ihnen schnellste Hilfe zuteil werden.

Zu seinem Chauffeur während der Fahrt unwohl wurde, übernahm ein Destillateur aus Bauerwitz (Schlesien) selbst die Führung. Bald darauf überschlug sich der Kraftwagen jedoch und der Destillateur konnte nur als Leiche hervorgezogen werden. Der Chauffeur ist unverletzt geblieben.

Von einem Stier aufgepießt. Auf dem bei Kolberg gelegenen Rittergut Kramste befreite ein mit dem Reingehör des Viehstalles beschäftigter Arbeiter einen als böseartig bekannten Stier von der Kette und ließ ihn ins Freie. Als der Mann den Stall verließ, wurde er vom Stier überfallen und mit den Hörnern aufgepießt. Den erheblichen Verletzungen ist der Arbeiter bereits nach kurzer Zeit erlegen.

Vendorfs finanzieller Ruin. Einer Meldung aus Koblenz zufolge ist in der Bürgermeisterei Vendorf die Schließung der Gemeindefabrik für alle Ausgaben angeordnet worden. Weder eine Erwerbslosenunterstützung noch eine Ausgabe für Wohlfahrtszwecke wird mehr geleistet, sofern es sich nicht um Staats- oder Kreiszuschüsse handelt. Vendorf hat augenblicklich

etwa 1000 Hauptunterstützungsempfänger. Beamte und Lehrer konnten ihre Gehälter für Januar noch nicht erhalten. Es ist mit einem Eingreifen der Regierung zu rechnen.

Näher Tod dreier Streckenarbeiter. Zwischen Krefeld und Uerdingen hat sich bei einer Bahnunterführung ein entsetzliches Unglück zugetragen. Drei Streckenarbeiter überhörten die Ankunft eines Güterzuges. Sie gerieten sämtlich unter die Räder und wurden gräßlich verkrümelt.

800 Arbeiter entlassen. Weil sie sich mit einem ganz erheblichen Lohnabbau nicht einverstanden erklären konnten, wurde die gesamte Belegschaft der Gußstahlwerke Wittmann in Haspe (Westfalen) entlassen.

Tragödie auf einem Auswandererschiff. Ein Bergmann aus Hamborn (Westfalen) wanderte mit seiner Frau, seinen drei Kindern und seinen alten Eltern nach Argentinien aus. An den Folgen der Seerkrankheit verstarben unterwegs die 72-jährige Mutter, der 23-jährige Sohn und die 18-jährige Tochter des Mannes.

Großzügige Schwindeleien. Nur mit knapper Not sind in Frankfurt (Main) mehrere Firmen einem groß angelegten Betrugsversuch entgangen. Letztlich gründete ein Mann namens Artur Lestler, der gute Beziehungen zur englischen Besatzungsbehörde vorzuweisen wußte und als „Beauftragter englischer Vertreter“ auftrat, eine sogenannte Holding-Gesellschaft der Besatzungsankaufsstelle und schloß in ihrem Namen größere Lieferungen nach wochenlangen Korrespondenzen mit den verschiedenartigsten Firmen, nach Verbänden und Syndikaten ab. Unter anderem sollte eine Brauerei gekauft und in ein Probiantlager umgebaut werden, auch stand der Abschluß für 100 Wohnzimmereinrichtungen und 60 Lastkraftwagen bevor. Der geplante große Schwindelversuch, eine Bürgschaftsscheine von 2 500 000 Reichsmark zu erhalten, scheiterte aber im letzten Augenblick, da einige Firmen Verdacht geschöpft hatten. Vor Aufklärung der ganzen Betrugsaffäre gelang es dem Gauner, mit ungefähr 100 000 Mark, die er als Provisionsvorschuß erhalten hatte, das Weite zu suchen.

15 Schiffe im finnischen Meerbusen befreit. Wie eine Meldung aus Reval besagt, ist es russischen Eisbrechern gelungen, von den im finnischen Meerbusen eingefrorenen zwanzig Schiffen fünfzehn zu befreien und abzuransportieren.

Ja, man muß Schwein haben! In dem bei der Weiser gelegenen städtischen Schlachthaus in Rinteln sollte dieser Tage ein schweres Schwein dem Messer überliefert werden. Als zwei Schlächterlehrlinge das Porcsentier zur Schlachtbank führen wollten, ließ es ihnen davon und zu ihrem größten Schrecken schnurstracks in die noch immer hochgehende Weiser. Die Zuschauer lachten, die beiden Lehrlinge hörten ein Donnerwetter und der Schlächter trauerte um das prächtige Tier, denn niemand wagte zu hoffen, daß das Tier zu retten wäre, um so mehr, als die Weiser bereits wieder Eis treibt. Wer beschreibt aber die Freude, als sich am nächsten Tage das Schwein wieder einfand. Das Schwein war bis zu der unterhalb Rinteln gelegenen Riesbaggerlei geschwommen und dort an Land gegangen. Ein Nachwächter der Baggerlei hatte den Ausreißer wieder eingefangen und ihm sorgfältigsterweise ein molliges Nachtlager bereitet, sodas am nächsten Morgen der Eigentümer zu seinem größten Erstaunen wieder in den Besitz des Tieres kommen konnte.

Kurze Beine. Nicht lange ihres Raubes erfreuen konnten sich zwei Zwelende in Hannover. Einem Dienstmann stahlen die Diebe von seinem Handwagen eine Tasche mit Juwelen im Werte von 6000 Mark. Am nächsten Tage konnte beim Verkauf eines Schmuckstückes der eine Täter verhaftet werden und einige Stunden später sah auch sein Genosse bereits in der „Staatspension“.

Sein Weingut — an den Staat verpfänden wollte, wie man aus Reustadt a. d. Haardt meldet, ein Weingutbesitzer. Der 60-jährige kinderlose Mann verlangte nur, daß ihm und seiner Ehefrau eine lebenslängliche Rente gewährt werde. Der Staat lehnte das Angebot jedoch ab.

Fasching mit Selbstmord. Mit Chankali vergiftete sich auf einem Faschingsball in Würzburg ein Student, indem er das Gift in den Wein schüttete und diesen austrank. Es starb kurz nach der Einkleidung ins Krankenhaus.

Vaterliche Viertrier im Streit. Daß man in Bayern in Vorleszeiten wegen eines Pfennigs Preisverteuerung in den Viertrier trat, war keine Seltenheit. Auch jetzt scheinen Streits dieser Art wieder in Höhe zu kommen. Um eine Verbilligung des Bierauschankpreises auf 30 Pfennig für das Liter zu erzwingen, sind sämtliche Bürger der bayerischen Ortsgemeinden Wismannsbarg, Wästenstein, Draßendorf und Wolgendorf die vertragliche Verpflichtung eingegangen, solange dem Biergenoss abzuschwören, bis der Preis heruntergesetzt ist.

Die Sprache verloren. Ein Chauffeur aus Paris fuhr gegen einen Leitungsdraht der Straßenbahn, der sich losgerissen hatte. Der Mann erlitt einen starken elektrischen Schlag, der ihm sofort die Sprache raubte.

Neber 200 Schafe verbrannt. Beim Brande einer Schafhütte bei Girsch in Böhmen wurden außer vier jungen Pferden u. d. dem gesamten Geflügel mehr als 200 Schafe, die sich zusammengedrängt hatten und sich nicht retten ließen, ein Opfer der Flammen.

Von einem glühenden Metallstab durchbohrt. In den Chaudoir-Metallwerken der tschechisch-slowakischen Grenzstadt Bodenbach hat sich ein furchtbarer Unfall zugetragen. Im Schmelzwerk drang einem 25-jährigen Arbeiter ein 2 Zentimeter starker glühender Metall-Bierkanthut direkt über dem Herzen in den Leib, ging durch die Brust, kam am Rücken wieder heraus und zerfetzte, da er nun ganz herauskam, die Körperpartie vom mittleren Rücken bis zur Achselhöhle. Trotzdem blieb der Arbeiter nicht nur am Leben, sondern er wurde auch nicht eine Sekunde ohnmächtig. Wenn nicht irgendeine Vergiftung eintritt, kann der Mann unter Umständen dem Leben erhalten werden.

Sport.

Nach 280 000 Mark sind nicht zu verachten! Die Wörten, die heute für große Vorkämpfe geboten werden, erreichen Höhen, die immer seltener werden. So hat der Edinburgher Smeth, Manager Tom Milligan, des englischen Weltgewichthefters, dem amerikanischen Meister Jack Walter eine Wörte von 280 000 Mark geboten, wenn er gegen seinen Schilling um die Weltmeisterschaft kämpft.

Deutsche Ringer in Buenos-Aires erfolgreich! Daß auch unsere deutschen Schwerathleten im Auslande ihren Mann stehen, bewies auf neue ein in Buenos-Aires stattgefundenes Ringerturnier. Sieger wurde hier der bekannte Constant le Marin vor dem Spanier Ochoa. Der Belgier auste nach ungefähr einer Stunde härtesten Kampfes eine Wörte seines Gegners aus und legte diesen auf die Matte. An dritter Stelle steht der Bayer Kornay, der für diesen Platz 50 000 Franken erhielt, also die Hälfte dessen, was der Spanier Paulino für seinen Kampf gegen Breitensträter erhielt. Auch der fünfte ist ein Deutscher, Stolzenwald, dessen Platz in Anbetracht der großen Klasse, der er gegenüberstand, sehr gut zu nennen ist.

Ein Vorkampf um zwei Millionen Dollar. Um endlich einmal die beiden besten Vorkämpfer Americas zusammenzubringen, hat eine kalifornische Interessengruppe zwei Millionen Dollar, das sind beinahe 8 1/2 Millionen deutscher Mark (!), geboten. Der Kampf zwischen Dempsey und Willis, um diese beiden handelt es sich nämlich, wird wohl dennoch nie zustande kommen, da der Weltmeister augenscheinlich ein Zusammentreffen mit dem Regier Harry Wills, dem eine furchtbare Schlagkraft nachgerühmt wird, scheut.

Eine aufregende Nacht im Sportpalast.

Neue Ueberrundungen und schwere Stürze beim Sechstagerennen.

In der Nacht zum Sonntag unternahm plötzlich beim Sechstagerennen im Berliner Sportpalast die Reulinge Knappe-Rieger eine gewaltigen Vorkampf. Sich allmählich abführend, gewannen sie schließlich an Boden, und die große Ueberrundung schien vollendet zu werden, als Knappe und Girardengo schwer stürzen. Beide mußten leider aufgeben. Das Schiedsgericht sprach Knappe-Rieger eine Runde Vorsprung zu. Da aber Knappe aufgegeben hatte, erhielt Rieger Giorgetti zum Partner und die neue Mannschaft wurde der Spitzengruppe eingereiht, aus der Wittig-Golle wegen Ueberrundung ausgeschlossen waren. Neun Mannschaften bildeten die Spitzengruppe.

Der Rest der Nacht brachte mehrere neue schwere Stürze, doch konnten die Fahrer das Rennen fortsetzen. In den Vormittagsstunden flaute das Tempo ab. Am Sonnabend vormittag 11 Uhr waren nach 37 Stunden insgesamt 999,360 Kilometer bewältigt.

Handelsteil.

Berlin, den 16. Januar 1926.

Am Devisenmarkt konnte sich der französische Franken von neuem befestigen. Das englische Pfund blieb weiterhin fest.

Der Effektenmarkt unverändert fest bei verhältnismäßig ruhigen Umsätzen. Schiffahrtsmarkt vernachlässigt. Am Rentenmarkt fiel Kriegsanleihe auf 0,240. Schutzgebietsanleihe 4,75-4,80.

Am Produktienmarkt blieb Mehl schwer verkäuflich. Hafer und Gerste sind nur in kleinen Mengen umgesetzt worden, denn die Forderungen lauten unverändert. Für Hilfsfuttermittel und Delfaaten fehlte Beachtung.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Delfaaten per 1000 Kilo, fest per 100 Kilo in Reichsmark an Station: Weizen Märk. 247-253 (am 15. 1.: 247-253). Roggen Märk. 144-151 (145-152). Sommergerste 182-209 (182 bis 209). Futter- und Wintergerste 150-164 (150-164). Hafer Märk. 160-171 (160-171). Mais fest Berlin — (—). Weizenmehl 32,75-36,25 (32,75-36,25). Voggemehl 22,25-24,25 (22,25-24,25). Weizenmehl 11,25-11,50 (11,25-11,50). Roggenmehl 9,75-10,25 (9,75-10,25). Weizenmehl 350-355 (350-355). Weizenmehl — (—). Viktoriaerbsen 26-34 (26-34). Kleine Speiserbsen 22-25 (22-25). Futtererbsen 20-22 (20-22). Bohnen 19-20 (19-20). Ackerbohnen 20-21 (20-21). Weizen 20,50-23 (20,50-23). Lupinen blau 12-12,50 (12-12,50), gelbe 14-15 (14 bis 15). Serabell neue 18-19 (18-19). Rapskuchen 15,25 (15,25). Weizenkuchen 23,50-23,60 (23,50-23,60). Trodenkuchen 8-8,20 (8-8,20). Sojabohnen 20,40-20,50 (20,40-20,50). Torfmehlklasse 30-70 8,20-8,40 (8,20-8,40). Kartoffelkuchen 14,80-15,40 (14,80-15,40).

Schlachtviehmarkt.

(Amtlicher Bericht vom 16. Januar.)

Auftrieb: 2428 Rinder (darunter 718 Bullen, 1066 Ochsen, 1645 Kühe und Färken), 1872 Kalber, 8034 Schafe, 6963 Schweine, 25 Fiegen, — ausländische Schweine. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht in Reichspfennigen: Ochsen: 1. vollfleischige, ausgewässerte 48-50, 2. vollfleischige, ausgewässerte im Alter von 4-7 Jahren 40-44, 3. junge fleischige, nicht ausgewässerte 34-38, 4. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 26-30.

Bullen: 1. vollfleischige, ausgewässerte 45-48, 2. vollfleischige, ausgewässerte jüngere 40-43, 3. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 35-38.

Färken (Kalben) und Kühe: 1. vollfleischige, ausgewässerte Färken 47-50, 2. vollfleischige, ausgewässerte Kühe 42-43, 3. ältere ausgewässerte Kühe 26-33, 4. mäßig genährte Kühe und Färken 21-23, 5. gering genährte Kühe und Färken 18-20.

Gering genährtes Jungvieh (Fresser): 30-38. Kalber: 1. Doppellender feinsten Mast —, 2. feinsten Mastlender 75-83, 3. mittlere Mast- und beste Sauglälber 60-70, 4. geringe Mast- und gute Sauglälber 50-56, 5. geringe Sauglälber 42-48.

Schafe: 1. Stallmastlender und jüngere Hammel 42 bis 46, 2. ältere Hammel und gut genährte jüngere Schafe 33-40, 3. mäßig genährte Hammel und Schafe (Werkstoffe) 25-30.

Schweine: 1. fettes, über 3 Zentner Lebendgewicht —, 2. vollfleischige von 240-300 Pfund 80-82, 3. vollf. von 200-240 Pfund 77-80, 4. vollf. von 160-200 Pfund 74-77, 5. vollf. von 120-160 Pfund 70-73, 6. unter 120 Pfund —. Sauen: 70-74.

Fiegen: 20-25.

Marktverlauf: Rinder schleppend, Kalber, Schafe und Schweine ruhig. Wegen Seuchengefahr mußte der Rindermarkt geräumt werden.

Die notierten Preise verstehen sich einschließlich Fracht, Gewichtverlust, Risiko, Marktpfeifen und zulässigem Händlergewinn.

Gedenktafel für den 19. Januar.

1836 * Generalfeldmarschall Graf v. Saefer auf Gut Harnetop bei Wriegen († 1919) — 1871 Niederlage der französischen Nordarmee bei St. Quentin — 1874 † Der Dichter August Heinrich Hoffmann (v. Fallersleben) in Storbey (* 1798) — 1882 † Der forschungsreisende Hermann v. Schlagintweit in München (* 1826). Sonne: Aufgang 7,55, Untergang 4,27. Mond: Aufgang 10,56, Untergang 11,22.